

UNGLEICHHEIT

Notstand:
Wenn die Kluft zwischen Arm und
Reich zu extrem wird **4**

Abstiegsangst:
Wie Ungleichheit den Aufstieg des
Rechtspopulismus fördert **6**

Klassenlos?
Von Preiskategorien und anderen
hierarchischen Systemen **12**

Magazin für Geld und Geist

moneta

online
moneta.ch

#1 2026



Eine wachsende Kluft



Die zwölf reichsten Personen der Welt besitzen mehr als die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit zusammen. Zu diesem schockierenden Ergebnis kommt die Entwicklungsorganisation Oxfam in einer kürzlich veröffentlichten Studie. Sie steht in einer Reihe von aktuellen Berichten, die alle zeigen: Die wirtschaftliche

Ungleichheit wächst global, aber auch innerhalb von einzelnen Ländern. Was bedeutet es, wenn sich die Kluft zwischen armen und reichen Menschen immer weiter auftut? Welche politischen Folgen hat das? Warum bildet Ungleichheit den Nährboden für den Aufstieg der Rechtspopulisten? Und könnte es überhaupt so etwas wie eine klassenlose Gesellschaft ohne jegliche Ungleichheit geben? Diesen und vielen weiteren Fragen zur Ungleichheit gehen wir in dieser moneta nach.

Wir fragen aber auch nach der Gleichheit: Seit der Französischen Revolution vor über 200 Jahren bilden «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» die Leitprinzipien moderner, demokratisch organisierter Gesellschaften. In den vergangenen Jahrzehnten wurde viel über Freiheit diskutiert, zugleich ist der Begriff der Gleichheit weitgehend aus den öffentlichen Debatten verschwunden. Was bedeutet Gleichheit heute? Und wie lässt sie sich wieder stärken – gerade angesichts des zunehmenden Rechtspopulismus? Das wollten wir von der Philosophin Jule Govrin wissen, die eine Theorie radikaler Gleichheit entwickelt hat.

Ich hoffe, dass Sie in dieser moneta viel Interessantes finden – im vorliegenden Heft, aber auch in unserer Online-Ausgabe: Dort gehen wir beispielsweise der Frage nach, was denn eigentlich die Schweiz für die Verminderung von Ungleichheit tut, weltweit, aber auch im eigenen Land. Besonders ans Herz legen möchte ich Ihnen auch Esther Banz' Porträt von Christian Tschannen, der als Kind fremdplatziert, ausgebeutet und misshandelt wurde, mit Nachwirkungen bis heute. Seine erschütternde Geschichte zeigt, dass es auch in der Schweiz zuweilen eine riesige Kluft zwischen reich und arm, mächtig und ohnmächtig gibt.

Katharina Wehrli,
Co-Chefredaktorin moneta

UNGLEICHHEIT

4 Notstand der Ungleichheit

6 Aus Angst vor dem Abstieg

9 «Es gibt unglaublich viel gelebtes Wissen über Gleichheit»

12 Klassenlose Gesellschaft?

EXKLUSIV AUF MONETA.CH

Backlash bei der Entwicklungshilfe
moneta.ch/entwicklungshilfe

Ein unentdeckter Planet
moneta.ch/planet13

Die Arbeitsstiefelchen standen schon bereit
moneta.ch/tschannen

Quiz: Startchancen im «Hundertmeterlauf» des Lebens
moneta.ch/hundertmeterlauf

DIE SEITEN DER ABS

14 Alles rund um die aktuellen Themen der Alternativen Bank Schweiz

PERSÖNLICH

24 Annelise Oeschger: «Auch die Behörden verfestigen Armut»

moneta #1-2026

Magazin für Geld und Geist

moneta erscheint dreimal jährlich in deutscher und französischer Sprache und geht kostenlos an Kundinnen und Kunden der Alternativen Bank Schweiz AG (ABS). Die Wiedergabe von Texten und eigenen Illustrationen ist nur unter Quellenangabe und mit schriftlicher Zustimmung der Redaktion erlaubt.

Herausgeberin Alternative Bank Schweiz AG
Redaktionsleitung Katharina Wehrli (kw) und Simon Rindlisbacher (sr)

Redaktion Esther Banz (eb), Roland Fischer (rf), Scarlett Palmeri (sp), Dominique Roten (dr), Katrin Wohlwend (kwo), Julia Barriga (jb)

Online-Redaktion Scarlett Palmeri

Inserate Bruno Bisang, Luzia Küng

Layout Clerici Partner Design, Winterthur

Illustrationen Claudine Etter

Druck Ropress Genossenschaft, Zürich

Papier RecyStar Nature, 100 Prozent Recycling

Adresse Alternative Bank Schweiz AG, moneta, Amthausquai 21, Postfach, 4601 Olten, Telefon 062 206 16 16, moneta@abs.ch

Auflage dieser Ausgabe 21 300 Ex.

Beilagen Werbung und Beilagen, die nicht von der ABS stammen, sind bezahlte Inserate – diese Einnahmen helfen uns, die Produktionskosten des Magazins zu decken.

Wichtiger Hinweis zu den Inseraten und Beilagen Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

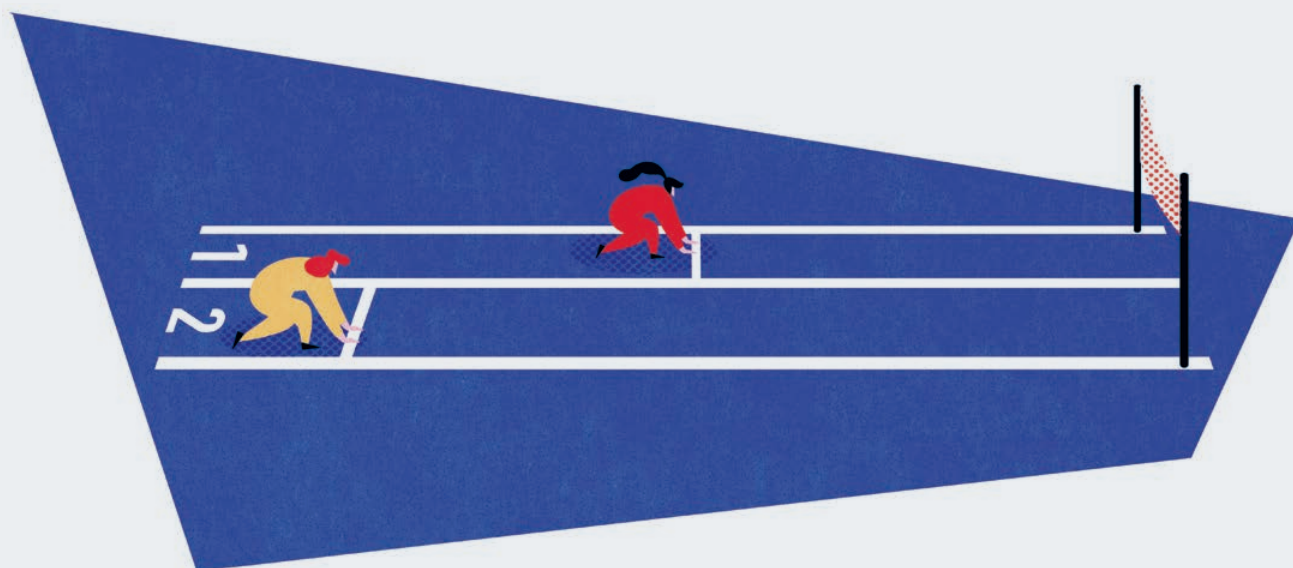
Wenn Sie als Bankkundin/-kunde umziehen, melden Sie uns Ihre neue Adresse bitte via E-Banking-System oder telefonisch.

Online-Magazin: Alle Schwerpunktartikel von moneta erscheinen auch online unter moneta.ch.

moneta



Verpassen Sie keine Ausgabe und abonnieren Sie den moneta-Newsletter unter moneta.ch/newsletter-anmeldung



Ungleiche Startchancen im «Hundertmeterlauf» des Lebens

Die Chancen sind in unserer Gesellschaft ungleich verteilt – und abhängig vom «kulturellen» und «sozialen» Kapital, über das Kinder verfügen. Dies besagt eine Theorie des berühmten Soziologen Pierre Bourdieu. Wissen Sie, wie es um Ihre Startchancen stand? Finden Sie es heraus mit unserem Online-Quiz! Text: Roland Fischer

Das vielleicht einflussreichste Buch des Soziologen Pierre Bourdieu heisst «Die feinen Unterschiede». Er analysierte darin soziale Klassen nicht mehr als feste Schubladen wie in einer ständischen Gesellschaft, sondern als ein subtiles Netzwerk diverser Privilegien. Diese bezeichnete er vor allem als «Kapitale». Neben dem ökonomischen kennt Bourdieu auch noch «kulturelles» sowie «soziales» Kapital. Mit diesem Zugang konnte der Soziologe auch dort eine Klassenstruktur in der Gesellschaft nachweisen, wo wir gemeinhin keine sozialen Ungleichheiten mehr vermuten würden.

Um Bourdieus Ideen zu illustrieren, wurde die Metapher der Bildungskarriere eines Menschen als «Hundertmeterlauf» populär, bei dem allerdings nicht alle am gleichen Punkt starten. So wird die Chancengleichheit zu einer vermeintlichen: Wenn die Startbedingungen ungleich sind, wird das Rennen verzerrt. So erklärt sich der entsprechend ungleiche Erfolg: Kinder treten mit unterschiedlichem Kapital in das Schulsystem ein. Sie beginnen ihre Schulzeit nicht mit denselben Ressourcen und Vorteilen und setzen sie auch entsprechend fort. Im Ergebnis reproduziert das System weitgehend die sozialen Schichtungen: Diejenigen, die das Glück haben, in Familien mit Geld und dem richtigen kulturellen Kapital geboren zu sein, kommen weiter als andere, die dieses Glück nicht haben.

Dieser Blick auf die Bildungskarriere entlarvt unsere Vorstellung eines reinen «Leistungssystems»: Erfolgreiche Menschen verfügen nicht über herausragende Fähigkeiten, sondern sie starten mit der richtigen Mischung aus wirtschaftlichem und kulturellem Kapital, das nicht finanzielle soziale Vermögenswerte wie Bildung, Sprachkompetenz, Wissen und kulturelle Praktiken umfasst. Dabei werden sie von denjenigen unterstützt, die ebenfalls darüber verfügen. Letzteres beschreibt Bourdieu als Sozialkapital: Auch soziale Netzwerke sind ein wertvolles Gut.



Machen Sie mit beim «Hundertmeterlauf» – finden Sie heraus, über wie viel «kulturelles» und «soziales» Kapital Sie verfügen!

Nationalbank: Und sie bewegt sich doch

Lange hatte sich die Schweizerische Nationalbank (SNB) dagegen gesträubt, in ihrer Anlagestrategie die Klimakrise und schwere Umweltverschmutzung zu berücksichtigen (vgl. moneta 2/2020). Letzten Herbst enthüllte die NGO-Koalition «Unsere SNB» jedoch, dass die Nationalbank ihre Aktien im Wert von 227 Millionen US-Dollar am britisch-australischen Bergbaukonzern Rio Tinto verkauft habe. Dieser war wegen Wasserverschmutzung in Kanada verurteilt worden. Bereits zuvor war die SNB aus den fossilen Energiekonzernen BP, Tullow Oil und Enquest ausgestiegen. Dies zeigen öffentliche Daten, die vom Recherchekollektiv WAV und Reuters ausgewertet wurden: Von Anfang 2024 bis zum Oktober 2025 habe die SNB mehr als doppelt so viele Beteiligungen an Öl- und Gasfirmen verkauft, wie sie in solche investierte.

Noch bis Ende 2020 hatte die Nationalbank in ihrer Anlagestrategie die Klimaerwärmung und Umweltrisiken praktisch komplett ignoriert. Dies geschah jeweils mit Verweis darauf, dass sie für Finanz- und Preisstabilität sorgen müsse. Obschon sie eigentlich schon damals laut eigenen Richtlinien Unternehmen meiden wollte, die «systematisch gravierende Umweltschäden» verursachen. Vor gut fünf Jahren kündigte die SNB in einem ersten Schritt dann an, Energie-Unternehmen auszuschliessen, die auf die Verbrennung von Kohle setzen. NGOs wie die Klimaallianz begrüssen die jüngste Entwicklung des Rückzugs auch aus Ölfirmen, kritisieren aber die mangelnde Transparenz und die fehlende Begründung für die vollzogenen Schritte. Das Finanzportal [tippinpoint.ch](https://www.tippinpoint.ch) geht davon aus, dass seit dem Amtsantritt des neuen SNB-Direktors Martin Schlegel im Oktober 2024 die bestehenden Richtlinien etwas strenger umgesetzt und Umwelt und Klima mehr gewichtet würden. Die SNB gehört weltweit zu den zehn grössten institutionellen Investoren. (Stefan Boss)



moneta wird von der Alternativen Bank Schweiz (ABS) herausgegeben und von einer unabhängigen Redaktion betreut. Die Beiträge geben nicht notwendigerweise die Haltung der ABS wieder, ausser auf den «Seiten der ABS» oder in speziell markierten Kommentaren.

Notstand der Ungleichheit

Wann wird Ungleichheit zu extrem? Ein Expertengremium schlägt vor, das Thema Ungleichheit ähnlich wie das Klima von einem unabhängigen Gremium bewerten zu lassen und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Denn die Unzufriedenheit brodelt, während sich an der Spitze der Pyramide immer mehr Macht konzentriert. Text: Roland Fischer

Ungleichheit kann man messen. Die Angelegenheit ist zwar ein wenig komplexer als beispielsweise bei CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre oder globalen Durchschnittstemperaturen – aber der Befund ist ein ähnlicher: Wir laufen auf einen Notstand zu. So jedenfalls stand es im Bericht eines Expertengremiums unter der Leitung von Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, der zum letztjährigen G20-Treffen in Südafrika präsentiert wurde. Aus Anlass der südafrikanischen G20-Präsidentschaft hatte Präsident Cyril Ramaphosa einen «Ausserordentlichen Ausschuss unabhängiger Expertinnen und Experten für globale Ungleichheit» einberufen. Die brisante Empfehlung des Ausschusses, nach Sichtung der aktuellen Daten: Dringendes Handeln ist erforderlich, und dafür soll ein neues internationales Gremium zur weltweiten Bekämpfung von Ungleichheit sorgen, mit einer politisch ebenso einflussreichen Rolle wie der Weltklimarat (IPCC) bei der Klimakrise. «Die Welt hat erkannt, dass wir uns in einer Klimakrise befinden. Es ist an der Zeit, dass wir auch erkennen, dass wir uns in einer Ungleichheitskrise befinden», liess Stiglitz zur Präsentation des Berichts verlauten.

Die zwölf Reichsten besitzen mehr als die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit

Tatsächlich waren die im Bericht versammelten Resultate aufsehenerregend – allerdings haben wir uns so sehr an die grotesken Zahlen gewöhnt, dass sie kaum Schlagzeilen machten: Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung erhalten mittlerweile 53 Prozent aller Einkommen und besitzen drei Viertel des gesamten Vermögens. Für die ärmste Hälfte der Menschheit hingegen bleiben nur 8 Prozent der Einkommen übrig. Sparen lässt sich so kaum: Gerade mal 2 Prozent des Vermögens sind hier versammelt. Die Entwicklungsorganisation Oxfam blies unlängst im Bericht «Resisting the Rule of the Rich», präsentiert am WEF in Davos, ins selbe Horn: Eine kleine Geldelite von rund 3000 Superreichen sammelt ein immer grösseres Vermögen an. Dieses wuchs nur schon im letzten Jahr um 2500 Milliarden US-Dollar und steht neu bei insgesamt 18 300 Milliarden – ein neuer Höchstwert. Allein die zwölf reichsten Menschen der Welt besitzen nun mehr als die halbe Menschheit auf der weniger privilegierten Seite der Statistik.

Die indische Ökonomin Jayati Ghosh forscht und lehrt an der University of Massachusetts Amherst und war federführend am Stiglitz-Bericht beteiligt. Für die Ökonomin ist die Analogie mit dem Klimanotstand zentral, auch was die Datenlage angeht: «Es

mag zwar immer noch Klimaleugner geben, aber seit wir über die regelmässigen Berichte des Weltklimarats verfügen, ist die Lage der Dinge eigentlich kaum mehr anzuzweifeln, das hatte einen grossen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs.» Ghosh betont, dass es zur Ungleichheit viel bessere Daten brauche. Denn viele Länder hätten kein Interesse, die Ungleichheit exakt aufzuzeichnen, nicht selten würden Daten auch geschönt. Ein unabhängiges Gremium könnte die Ungleichheit in verschiedenen Bereichen überwachen und die Forschung koordinieren. Dies nicht zuletzt auch, um die zugrunde liegenden Ursachen zu bestimmen und die Wirksamkeit staatlicher Massnahmen zu bewerten.

Nichts zu spüren vom Trickle-down-Effekt

Tatsächlich konnte die globale Ungleichheit seit Anfang der 2000er-Jahre etwas reduziert werden, wie der Stiglitz-Bericht ausführt. Aber das hat vor allem mit einem Faktor zu tun: den steigenden Einkommen in China. Es wäre also verfehlt, von einer Trendwende zu sprechen, in vielen Weltregionen ist die Ungleichheit nach wie vor am Steigen. Neun von zehn Menschen leben heute in Ländern mit hoher Ungleichheit – selbst nach den relativ konservativen Standards der Weltbank. Und auch vom Trickle-down-Effekt, der gern von neoliberalen Denkern bemüht wird, ist nicht allzu viel zu spüren – der Vorstellung also, dass alle, auch die Ärmsten, über kurz oder lang vom Vermögenszuwachs an der Spitze der Pyramide profitierten. Das explosive Wachstum des totalen Vermögens kommt in erster Linie denjenigen zugute, die ohnehin schon über die Massen reich sind. So gingen mehr als 40 Prozent des seit Beginn des Jahrhunderts erwirtschafteten Vermögens an das reichste Prozent, für die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung fiel gerade mal 1 Prozent ab. Da sickert also so gut wie gar nichts bis ganz unten.

Wann wird ein Kipppunkt erreicht?

Ungleichheit in harte Zahlen zu fassen, ist von grundlegender Bedeutung, wenn man politisch etwas bewegen will. Da leuchtet die Analogie zum Weltklimarat ein. Gleichzeitig ist Ungleichheit aber auch eine gefühlte Realität, eine alltägliche Ungerechtigkeit. Wobei man ein wenig fatalistisch argumentieren könnte, dass es irgendwann ein wenig egal wird, wie viel Reichtum sich bei den Allerreichsten konzentriert. Denn wirklich zu fassen ist diese Ungleichheit längst nicht mehr. Wann also sind die Kipppunkte – Tipping Points – bei der Ungleichheit erreicht? Wann sind Revolten die un-



weigerliche Folge? «Sehen wir das nicht bereits passieren?», entgegnet Ghosh nüchtern. Allerdings denkt sie dabei nicht an konzertierte Aktionen gegen die Mächtigen, sondern an einen «Kampf aller gegen alle». Als Beispiele nennt die Ökonomin die Ausgrenzung von Muslimen in Indien oder die Zunahme von Hassverbrechen in ganz verschiedenen Gesellschaften. Eben deshalb sei es so wichtig, betont Ghosh, konkrete Handlungsfelder zu identifizieren: Ansonsten würden die Menschen einfach immer frustrierter und schlägen wild um sich.

Internet als Katalysator für Revolten

Apropos Machtelite: Interessanterweise kommt eine unlängst erschienene wissenschaftliche Analyse zur Erkenntnis, dass die digitalen Mittel zum Bumerang für die Mächtigen und Vermögenden werden können. Begehren Menschen automatisch auf, wenn sie ums Überleben kämpfen, während eine kleine Elite in unerschämtem Wohlstand lebt? Als ein Team von Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus Deutschland und Australien nach Ungleichheits-Tipping-Points suchten, fanden sie eine entscheidende «Extra-Zutat», die darüber entscheidet, ob extreme Ungleichheit revolutionäre Dynamiken auslöst: das Internet. Die Forschenden untersuchten Daten aus mehr als 120 Ländern aus den Jahren 1996 bis 2020, sie verglichen die Einkommensungleichheit (gemessen anhand des Gini-Indexes) mit den politischen Stabilitätswerten der Weltbank. Und es zeigte sich: Der Anteil der Bevölkerung, der das Internet nutzt, fungierte als Katalysator. In Ländern mit geringem Internetzugang führt eine höhere Ungleichheit nicht zu einer höheren politischen Instabilität. Marginalisierten Gruppen fehlen in solchen Ländern die Informationen, um ihr Leben mit dem anderer zu vergleichen. Vor dem digitalen Zeitalter verglich man sich vor allem mit seinen unmittelbaren Nachbarn. Wenn alle um einen herum arm sind, erscheint die eigene Situation eher normal oder zumindest erträglich. Mit dem Internet gilt diese Isolation nicht mehr: Plötzlich wird auch das Leben der Reichen sichtbar, sowohl im Inland als auch weltweit. Social-Media-Plattformen werden zur Vitrine für Luxus und schaffen ein andauerndes Gefühl der «relativen

Benachteiligung». Gleichzeitig bieten digitale Medien eine Vielzahl von Werkzeugen, um sich effektiv zu organisieren. Das kann eine explosive Mischung sein.

Extreme Machtkonzentration an der Spitze

Auch Ghosh ist der Überzeugung, der «Notstand» habe nicht allein mit wachsender Ungleichheit zu tun, sondern mit der Konzentration an Vermögen und entsprechend auch Macht ganz oben. «Eine solche Konzentration haben wir in der Geschichte der Menschheit wohl noch nie gesehen», sagt die Ökonomin. Alarmierend sei also, was ganz oben passiere: Die Mächtigen verfügten über ungekannte Möglichkeiten, die Regeln für sich zu bestimmen, via Gesetze, via digitale Kanäle. Das stelle eine sehr konkrete Gefahr für unsere Demokratien dar. Die Entwicklungsorganisation Oxfam Deutschland gab ihrem Bericht entsprechend den Titel: «Die Zerreißprobe: Wie extreme soziale Ungleichheit die Demokratie gefährdet.» Die «Plutokraten», die am erfolgreichsten Ressourcen scheffeln, verfügen heute über eine kaum je gesehene Machtfülle, insbesondere durch digitale Einflussmöglichkeiten. Die öffentliche Meinung werde jetzt schon durch ihre Kontrolle über die Medien beeinflusst, mitunter sogar Rechtssysteme zu ihren Gunsten gekippt. Umgekehrt gilt: Wer abrutscht oder gar abgehängt wird, erlebt das als Ohnmacht und sinnt auf Vergeltung und Wiedergutmachung. Hier ist also nicht allein eine alltägliche Ungerechtigkeit manifest, hier liegt der emotionale Keim politischer Radikalisierung. •

Aus Angst vor dem Abstieg

Die wirtschaftliche Ungleichheit nimmt zu. Viele Menschen fühlen sich dadurch unter Druck – aber nicht nur materiell. Sie fürchten auch um ihren Status. Rechtspopulistische Parteien machen sich diese Ängste zunutze: Sie greifen sie auf und befeuern einen Kulturkampf, der vor allem ihnen selbst nützt.

Text: Simon Rindlisbacher

Der jüngste Bericht von Oxfam zeigt es einmal mehr deutlich: Superreiche werden immer reicher, und das immer schneller. Die Zahl der Menschen in Armut hingegen sinkt kaum. In vielen Ländern nimmt die wirtschaftliche Ungleichheit deshalb zu – und prägt die politische Landschaft: Sie gibt rechtspopulistischen Parteien Auftrieb. Mehrere Studien zeigen deutlich auf, dass beide Phänomene zusammenhängen. Doch wie genau?

Zuerst einmal: Wer denkt, dass vor allem die grössten Verliererinnen und Verlierer der zunehmenden wirtschaftlichen Ungleichheit rechtspopulistisch wählen, liegt falsch: «Menschen mit sehr wenig Ressourcen wählen eher Parteien, die eine Umverteilung versprechen, also politisch links stehen», erklärt David Weisstanner, Politikwissenschaftler der Uni Luzern. Trotzdem spielen die wirtschaftliche Ungleichheit eine Rolle für den Aufschwung der Rechtspopulisten – einfach nicht die einzige. Vielmehr ist diese ökonomische Dimension mit einer kulturellen kombiniert: Menschen, die rechtspopulistische Parteien wählen, geht es nicht nur um wirtschaftliche Interessen, sondern auch um Werte, Lebensstil, um Respekt und Anerkennung. «Kombiniert man all das, erhält man den Status als Erklärmodell, also die Position eines Menschen in der gesellschaftlichen Hierarchie», sagt der Forscher aus Luzern. Wie seine Studien zeigen, sind es Menschen, die Angst haben, ihren Status zu verlieren, die dazu tendieren, ihr Kreuz bei einer rechtspopulistischen Partei zu machen. Sie stammen häufig aus der Arbeiter- oder unteren Mittelschicht – also aus einer wirtschaftlichen Grenzregion. Und sie fürchten, in eine prekäre Situation abzustürzen, auch weil die Fallhöhe durch die zunehmende wirtschaftliche Ungleichheit zugenommen hat. Zudem macht ihnen der gesellschaftliche Wertewandel zu schaffen, der Gewohntes und Gewohnheiten hinterfragt.

Das Gefühl, dass alles schlechter wird

Carolyn Amlinger und Oliver Nachtwey bestätigen David Weisstanners Forschungsergebnisse. Die Soziologin und der Soziologe – beide lehren an der Universität Basel – sezieren in ihrem Buch «Zerstörungslust» den Aufstieg des Rechtspopulismus. Dafür haben sie auch mit AfD-Wählerinnen und -Wählern gesprochen: Mit Rainer Kunz etwa, einem Fan von Elon Musk, der als Schiffskoch die Welt erkundete, bis ein Arbeitsunfall dieses Dasein beendete. Danach schlug er sich mit Gelegenheitsjobs durch, bis ihm die Corona-Pandemie

einen weiteren Strich durch die Rechnung machte. Heute arbeitet er als Gebäudereiniger und träumt von einer eigenen Currywurst-Bude in Südamerika. Oder Charlie Mayr, Chemiestudent, der als Sohn einer Einwanderin in einem behüteten Umfeld aufgewachsen ist. Er will im Leben immer alles richtig machen, findet aber, die Politik belohne seine Anstrengungen nicht. Fremde sieht er als Bedrohung. Schliesslich ist da noch die Raumausstatterin Mathilde Koller. Sie findet, der Arbeiterklasse sei der Stolz auf hart erarbeitete Leistungen genommen worden und die Regierung drücke Klimaschutzpolitik auf Kosten der einfachen Bevölkerung durch und vernachlässige das Allgemeinwohl. Rainer Kunz, Charlie Mayr und Mathilde Koller stehen für eine Gruppe Menschen, die sich abgehängt fühlen und beobachten, wie – vermeintlich – alles immer schlechter wird.

«Diese Wahrnehmung der eigenen Situation ist zwar subjektiv, aber am Ende spielt immer auch die objektive Lage eine Rolle», erklärt David Weisstanner. Und diese hat es in sich: Zum einen leben wir in einer Zeit multipler Krisen und Veränderungen. So haben Globalisierung und Digitalisierung besonders in der Arbeiter- und Mittelschicht viele Berufe verändert oder verschwinden lassen. Zudem sind in den letzten Jahrzehnten die Wachstumsraten gesunken. Oder wie es Carolyn Amlinger und Oliver Nachtwey formulieren: Ungebremstes wirtschaftliches Wachstum ist kaum noch möglich und auch nicht mehr wünschenswert. Damit falle aber der Mechanismus weg, mit dem liberale Gesellschaften in der Vergangenheit soziale Konflikte gelöst hätten – durch Schaffung und Verteilung neuer Ressourcen.

Aushöhlung der Demokratie

Zumindest wird dieser Mechanismus nicht mehr angewendet: Denn Wachstum gibt es noch immer, aber es profitieren nur noch wenige davon. Diese Entwicklung ist zu einem gewichtigen Teil dem Neoliberalismus geschuldet. Jener Wirtschaftsordnung also, die auf Privatisierung, Deregulierung, Sozialabbau und Steuersenkungen setzt: Massnahmen, die eine starke Konzentration der Vermögen bewirken, viele Verliererinnen und Verlierer hinterlassen und somit einen idealen Nährboden für Rechtspopulismus bieten. So sieht das zumindest John Brown, ein irischer Soziologe, der sich unter anderem auf den Ökonomen Thomas Piketty, den Wirtschaftssoziologen Wolfgang Streeck und den Soziologen und Politikwissenschaftler Colin Crouch bezieht. Brown argumentiert, dass der Staat im Rahmen des Neoliberalismus von der Wirtschaft gekapert worden sei. Dabei beobachtet er einen Teufelskreis: Zunehmender Reichtum ermöglicht es den wirtschaftlichen Eliten, den Staat so zu gestalten, dass die Vorteile der Kapitaleigentümerinnen und -eigentümer in Stein

gemeisselt werden. Das verstärkt die wirtschaftliche Ungleichheit und logischerweise auch die Ungleichheit in der politischen Gestaltungsmacht. Der irische Soziologe folgert, dass damit die Demokratie ausgehöhlt worden sei: Anstatt die wirtschaftliche Elite kritisch zu begleiten und zu begrenzen, versammeln sich Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien seiner Meinung nach um Neoliberalismus und Austerität und bauen Schutzmechanismen für Lohnabhängige ab. Oder wie es Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey formulieren: Die sozialen und demokratischen Rechte und Institutionen, die die Gesellschaft vor den negativen Auswirkungen des Kapitalismus schützen sollten, sind in vielen Bereichen abgewickelt worden. Wie David Weisstanner weisen die beiden darauf hin, dass besonders die Austeritätspolitik ganz sichtbare Folgen hat: nämlich dann, wenn wegen Sparmassnahmen plötzlich die öffentliche Infrastruktur verlottert, etwa Busse nicht mehr zuverlässig fahren, öffentliche Plätze nicht mehr gepflegt werden oder das Schwimmbad schliesst.

Liberaler Gesellschaft hält ihre Versprechen nicht

All das zusammengenommen führt am Ende dann zur Wahrnehmung Rainer Kunz', Charlie Mayrs und Mathilde Kollers, dass alles immer schlechter werde. Hinzu kommt der Eindruck, dass die liberale Gesellschaft ihr Versprechen nicht mehr hält, wonach mit der richtigen Leistung alle die Chance auf einen sozialen Aufstieg und ein zufriedenstellendes Leben haben. Bei denen, die sich abgehängt fühlen, kommt es dann gemäss Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey zu einem Nullsummendanken: In dieser Vorstellung gibt es bildlich gesprochen nur noch einen einzigen Kuchen. Je mehr davon essen, desto weniger bleibt für die Einzelnen. Wer so denkt, fühlt sich plötzlich bedroht durch Gruppen, mit denen man sich nicht identifiziert, sogenannte Outgroups, deren Stellung sich beispielsweise durch

Gleichstellungs- oder Integrationspolitik sichtbar verbessert hat – etwa Frauen oder Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Sie werden zu Mitessern und Konkurrenz um den einen Kuchen. Gleichzeitig steigt bei jenen, die sich abgehängt fühlen, das Misstrauen gegenüber etablierten Parteien und politischen Institutionen. Aus ihrer Sicht haben diese schliesslich die ganze Misere mitverursacht und machen ihnen obendrauf im Namen des Minderheiten- oder Klimaschutzes Vorgaben zum Lebensstil – etwa durch ein Verbot von Plastikstrohhalm, Fahrverbote für alte Autos oder Regeln zu gendergerechter Sprache. Aus einem vertikalen wird so ein horizontaler Verteilungskonflikt und aus Statusängsten ein Kulturkampf. Beides wird gepaart mit einer unverhohlenen Kritik am Staat und an demokratischen Institutionen wie der Verfassung.

Hier kommen die rechtspopulistischen Parteien ins Spiel: Sie greifen die Statusängste und die Gefühle des Mangels und der Beraubung auf und bestätigen diese. Zugleich bieten sie Erzählungen, die diese Erfahrungen auf einfache und anschlussfähige Weise erklären und politisch zuspitzen. «Sie reden vom Druck auf jene, die viel leisten, und machen alle zum Feindbild, die das aus ihrer Sicht nicht tun und trotzdem von der Gesellschaft profitieren, etwa via Sozialhilfe oder Renten vom Staat», sagt David Weisstanner. Die Erzählungen setzen also immer beim Status und bei der Anerkennung an. Allen voran Menschen mit Einwanderungsgeschichte werden als Bedrohung und Profiteure dargestellt und damit als die Schuldigen an der vermeintlich schlechten Lage, die die Statusängste erst befeuert. Dadurch fühlen sich jene, die sich abgehängt fühlen, ernst genommen und vertreten. «Gleichzeitig werten die rechtspopulistischen Parteien damit die sogenannten Outgroups in ihrem Status ab, wodurch sich die eigenen Wählerinnen und Wähler subjektiv höhergestellt fühlen», sagt der Politikwissenschaftler. >>>



»» Kulturkampf statt Verteilungsgerechtigkeit

Zudem bespielen die rechtspopulistischen Parteien das Misstrauen gegenüber den demokratischen Institutionen. Sie greifen es auf und verstärken es, indem sie etwa Gerichte, freie Medien, das Parlament oder auch zivilgesellschaftliche Organisationen verunglimpfen und so versuchen, das Vertrauen in sie systematisch zu untergraben. Schliesslich gehört zur rechtspopulistischen Rhetorik die unablässige Kritik an den sogenannten Eliten, die ein Land führen und verantwortlich sind für alles, was nicht gut läuft. Dass die Führungspersonen der rechtspopulistischen Parteien oft auch selbst zu dieser Elite gehören, scheint nicht aufzufallen. «Daran erkennt man, wie gut das Reframing des Verteilungskampfs in einen Kulturkampf funktioniert», erklärt David Weisstanner.

Das Pikante: Auch wenn wirtschaftliche Ungleichheit der Nährboden für ihren Aufschwung ist, bleiben rechtspopulistische Parteien meist vage und widersprüchlich, wenn es um Wirtschafts- und Sozialpolitik geht. In Europa werden im Sinne des Welfare-Chauvinismus vor allem Sozialleistungen gegen «Sozialschmarotzer» verteidigt. «Aber auch diese Rhetorik bringt den Wählerinnen und Wählern dieser Parteien materiell in der Regel wenig», sagt David Weisstanner. Bislang gebe es kaum belastbare Belege, dass sich die Situation bezüglich Ungleichheit dank rechtspopulistischer Politik tatsächlich verbessern würde. Im Gegenteil: Dort, wo sie Gestaltungsmacht haben, zeigt die Realität, dass rechtspopulistische Parteien wichtige Elemente der neoliberalen Politik mittragen: den Abbau von Regulierungen etwa und Steuersenkungen für Unternehmen und Wohlhabende.

Keine Sozialpolitik, sondern Begünstigung der eigenen Kreise

Wer ein Anschauungsbeispiel braucht, kann den Blick in die USA richten: Dort baut Trumps Regierung Regeln ab, etwa im Bereich

Umweltschutz, versucht, den ohnehin schwachen Wohlfahrtsstaat zurückzufahren, und senkt gleichzeitig grosszügig die Steuern für Unternehmen und Wohlhabende. Die wirtschaftliche Ungleichheit verschärft sich dadurch weiter. Und was die Trump-Regierung auch exemplarisch vormacht: Sind rechtspopulistische Parteien an der Macht, nutzen sie ihren Einfluss häufig, um befreundete wirtschaftliche Kreise und eigene Geschäftsinteressen zu begünstigen. Viele, die Trump aus Angst vor dem sozialen Abstieg gewählt haben, scheinen hingegen ausser viel Symbolpolitik und dem Gefühl, gehört zu werden, wenig Zählbares zu erhalten. Obendrauf trägt der rücksichtslose Kulturkampf dazu bei, dass die Spaltung der Gesellschaft immer tiefer wird. Insgesamt scheint die Zahl der Verliererinnen und Verlierer also eher zu- als abzunehmen.

Trotzdem haben Bewegungen wie MAGA oder Parteien wie die AfD, die FPÖ und der Rassemblement National regen Zulauf. Die Ungereimtheiten und Widersprüche scheinen kaum aufzufallen oder keine Rolle zu spielen, auch nicht der Schaden, der durch ihre Politik entstehen kann. Stattdessen können diese Bewegungen und Parteien ihren Einfluss ausweiten und ihr Projekt einer ethnisch exklusiven Gesellschaft mit autoritären Strukturen vorantreiben. Aber wie kann man rechtspopulistischen Parteien Einhalt gebieten?

Neoliberalismus einhegen, Partizipation stärken

Auch wenn David Weisstanner, John Brown, Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey sich vor allem auf die Analyse der Situation konzentrieren, bieten alle einige Ideen für mögliche Gegenmassnahmen. So kommt John Brown zum Schluss, dass vor allem der Neoliberalismus eingehengt werden müsse. Denn so könne der Nährboden austrocknen, der so fruchtbar ist für Rechtspopulismus. Damit das gelingt, muss aus seiner Sicht die Demokratie wieder das Primat über die Wirtschaft erlangen – eine Demokratie, die dem Markt Grenzen setzt und sich um das Wohl aller kümmert. Dazu gehört, dass es wieder echte Partizipationsmöglichkeiten für breite Teile der Bevölkerung gibt. Demokratie müsse wieder demokratisiert werden, um die Wut auf das politische System zu beruhigen. Ähnlich sieht das Carolin Amlinger. In einem Interview hielt sie kürzlich fest: «Der Faschismus lebt nicht von Argumenten, sondern von Mythen. Wir brauchen wieder neue Mythen, die Lust auf Teilhabe machen, auch weil sich die Mythen des Liberalismus erschöpft haben. Fortschritt und Aufstieg greifen mit ihrer Idee des expansiven Wachstums angesichts des Klimawandels nicht mehr. Nur: Was setzen wir dem entgegen, auch als eine neue Vision des Zusammenlebens?»

David Weisstanner empfiehlt obendrauf konkrete Massnahmen, die für die Bevölkerung sichtbare Verbesserungen bringen. Dazu zählt er Investitionen in Infrastruktur oder den Service public. Die etablierten Parteien müssten sich bewusst werden, dass eine rigore Sparpolitik negative politische Konsequenzen habe. Schliesslich findet der Politikwissenschaftler auch, es sei wichtig, dass die Parteimilieus wieder mehr zueinanderfänden. Dafür brauche es Begegnungen und echten Dialog. Es gehe darum, auch politisch Andersdenkenden zuzuhören und Statusängste ernst zu nehmen, ohne sie einfach zu bestätigen, aber auch ohne sie herablassend abzuwerten. «Das könnte helfen, das gegenseitige Misstrauen zu überwinden und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, anstatt Kulturkämpfe auszutragen.» •



Backlash bei der Entwicklungshilfe

Von Stefan Boss

Die Schweiz spart bei der Auslandhilfe und schafft es bislang auch im Inland nicht, die Ungleichheit zwischen Arm und Reich zu vermindern. Die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wird immer schwieriger.



Jetzt online lesen:
moneta.ch/entwicklungshilfe

«Es gibt unglaublich viel gelebtes Wissen über Gleichheit»

Der weltweit zunehmenden Ungleichheit setzt die Philosophin Jule Govrin eine Theorie radikaler Gleichheit entgegen. Was diese beinhaltet, warum der Körper Ausgangspunkt ihres Denkens ist und wie Sorge im Zentrum einer anderen Ökonomie stehen kann, erklärt sie im Interview. Interview: Katharina Wehrli

Jule Govrin ist Philosophin und politische Autorin. Sie forscht an der Schnittstelle von Sozialphilosophie, Politischer Theorie, Feministischer Philosophie und Ästhetik. Zuletzt hatte sie eine Gastprofessur an der Freien Universität Berlin, war Gastprofessorin am Institut für Philosophie an der Universität Hildesheim und ist derzeit Gastprofessorin für Praktische Philosophie an der Bergischen Universität Wuppertal.



Foto: zvg

moneta: Jule Govrin, in Ihrem neusten Buch «Universalismus von unten»* entwickeln Sie eine Theorie radikaler Gleichheit. Was ist Ihre Motivation dafür?

Jule Govrin Ich versuche, Gleichheit als Begriff zu stärken, gerade wegen der global sich verschärfenden Ungleichheit. Zudem sehen wir, dass der Begriff der Gleichheit in politischen Diskursen und in der Philosophie zunehmend ins Hintertreffen geraten ist. Wir reden sehr viel über Freiheit und immer weniger über Gleichheit. Das hat etwas mit den Ungleichheitspolitiken des Neoliberalismus und seinen Diskursen der Eigenverantwortung zu tun. Deshalb ist es mir wichtig, den Gleichheitsbegriff wieder nach vorne zu stellen. Dabei geht es mir nicht allein um formelle Gleichheit, also Rechtsgleichheit, sondern um Gleichheit als konkrete, gelebte, soziale Praxis. Diese zielt nicht auf eine Gleichförmigkeit oder ein Gleichsein ab, sondern schafft ganz im Gegenteil die Bedingungen, dass Menschen sich individuell entfalten und einander als Gleiche und Freie begegnen können.

Ihr Verständnis von Gleichheit beinhaltet also die Vielfalt der Menschen?

Ja, und der Ansatzpunkt ist der Körper. Körper bergen ja beide Momente: die Gleichheit und die Verschiedenheit. Uns eint, dass wir als verkörperte Wesen voneinander abhängig sind, dass wir den Schutz und die Sorge von anderen benötigen, dass wir verwundbar sind. Gleichermassen birgt unser Körper ja unweigerlich unsere Verschiedenheit, die ganz elementar und kost-

bar ist. Philosophisch kann ich ausgehend vom Körper beides denken: etwas, das uns eint, nämlich die Angewiesenheit auf Sorge, und eben unsere grundständige Vielfalt.

Ist das der Grund, warum Sie den Körper zum Ausgangspunkt Ihrer Theorie gemacht haben?

Genau. Zugleich führt es mich zu einer Perspektive der feministischen politischen Ökonomie, wenn ich sage: Wir müssen uns gesellschaftlich so organisieren, dass wir die Sorge um alle in den Vordergrund stellen. Daraus kann man Ideen für die politische Praxis ableiten.

Sie unterscheiden in Ihrem Buch zwischen einer Verwundbarkeit, die alle Menschen teilen, und einer «strukturellen Verwundbarmachung», die nur bestimmte Gruppen betrifft. Warum?

Verwundbarkeit kann philosophisch als eine Grundbedingung menschlichen Lebens betrachtet werden. Im Politisch-Praktischen ist diese Verwundbarkeit aber ungleich verteilt: Die einen werden mehr ausgebeutet und erfahren weniger Schutz als andere. Das fasse ich mit dem Begriff der «strukturellen Verwundbarmachung». Der Umstand, dass wir alle verwundbar sind, führt nicht direkt zu einer egalitären Politik. Es braucht die Übersetzung in eine solidarische Praxis, die sich dagegen wendet, dass bestimmte Menschen ausgebeutet und verwundbar gemacht werden. Mir geht es nicht darum, eine ideale Gesellschaftsform zu entwerfen, vielmehr suche ich ausgehend von den Ungleichheitsstrukturen gegenwärtiger Gesellschaften nach konkreten Möglichkeiten einer solidarischen und egalitären Praxis.

Können Sie Beispiele dafür nennen?

Auf der Ebene von Stadtpolitik sehen wir viele basisdemokratische Ansätze, beispielsweise das Konzept der «Sorgenden Städte». Dieses beinhaltet ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Programm, um Sorge und sozialökologische Transformation in den Vordergrund zu stellen. Umgesetzt wurde dies beispielsweise in Barcelona und Saragossa in Spanien oder in Rosario in Argentinien. Ein weiteres, kleineres Beispiel ist der Klimaentscheid in Hamburg, der aus einer Bürgerinitiative heraus entstanden ist. Das sind sehr konkrete Praktiken, die von der Verwundbarkeit der Menschen ausgehen, ihrem Bedürfnis nach Sorge und Schutz – etwa vor den lebensbedrohlichen Auswirkungen der Klimakrise – und die die sozialökologische Transformation gemeinschaftlich und partizipativ angehen. Darin sehe ich tatsächlich Formen der egalitären Praxis.

*Jule Govrin, Universalismus von unten: Eine Theorie radikaler Gleichheit, Suhrkamp, Berlin 2025.

»» **Warum sind diese Praktiken egalitär?**

Das sind natürlich nicht immer ganz glatt laufende Projekte, es gibt Momente des Scheiterns und daraus hervorgehende Lernprozesse. Dennoch würde ich sagen, dass egalitäre Praxis dann umgesetzt wird, wenn Menschen einander bei allen Unterschieden als Gleiche und Freie ansehen und sie die Möglichkeit haben, sich demokratisch gleichermassen einzubringen, wie es in diesen Beispielen der Fall ist. Das heisst, Gleichheit als gelebte Praxis ist einerseits eine Frage der sozialen Beziehung: wenn Menschen sich in ihren Unterschieden anerkennen, von ihren unterschiedlichen Wissensformen lernen und sich auf Augenhöhe begegnen. Dafür braucht es andererseits egalitäre Grundbedingungen und Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Das ist beispielsweise in Barcelona passiert, weil die Stadtregierung unter Ada Colau sehr gezielt Nachbarschaftsinitiativen gestärkt hat.

Sie haben vorhin erwähnt, es sei nicht Ihr Ziel, eine ideale Gesellschaftsform zu entwerfen. Warum nicht? Brauchen wir denn nicht gerade jetzt, angesichts der mannigfachen Krisen, neue Utopien?

Das hat zum einen den Hintergrund, dass ich mit anderen Philosophinnen und Philosophen eine gewisse Skepsis gegenüber idealen Theorien teile. Ideale Theorien konzentrieren Gerechtigkeit auf rein prozedurale Verfahrensweisen und konzipieren so ein Gesellschaftsmodell, das strukturelle Unterdrückungs- und Ungleichheitsverhältnisse systematisch ausblendet. Ich glaube, dass man, mit Adorno gesprochen, mit dem Philosophie- rieren beim Leiden in der Welt anfangen sollte. Es geht mir zudem darum, in einem Moment der Gefährdung von Demokratien, des Aufwinds autoritärer Kräfte und der zunehmenden Ungleichheit darauf hinzuweisen, dass es unglaublich viel gelebtes Wissen über Gleichheit gibt. Wir müssen nicht nach fernen Utopien schauen, sondern können fragen: Wo wird denn egalitäre Politik bereits umgesetzt? Und was können wir davon lernen?

Sie sprechen in diesem Zusammenhang von einem «Universalismus von unten». Was bedeutet der Begriff, und wie hängt er mit der Gleichheit zusammen?

Universalismus ist eine philosophische Denkfigur, die stark auf Gleichheit abzielt, aber leider auch immer zu unterschwelligem Ausschlüssen geführt hat. Beim «Universalismus von unten» geht es mir darum, zu zeigen, was passiert, wenn Menschen, die marginalisiert und als ungleich angesehen werden, Gleichheit einfordern – als eine Gleichheit, die auf Vielfalt gründet. Ich habe den Begriff von Susan Buck-Morss übernommen, die ihn im Zusammenhang mit der Haitianischen Revolution von 1791 am Rande erwähnt. Nach der Französischen Revolution, als Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit als neue Leitideale der Republik ausgerufen wurden, haben sich die Versklavten in Haiti ermächtigt, diese Ideale für sich selbst einzufordern – obwohl sie gar nicht den Status von politischen Subjekten hatten. Damit haben sie «Universalismus von unten» hervorgebracht.

Und in der Gegenwart?

Heute haben wir bisweilen schwierige Gegenüberstellungen von Identitätspolitik und Universalismus. In meinem Buch habe ich herausgearbeitet, dass wir in sogenannten linken identitätspolitischen Bewegungen ein Streben nach Gleichheit finden. So haben feministische Bewegungen in den 1970er-Jahren massiv zur Egalisierung, Demokratisierung und Liberalisierung

von Gesellschaftsverhältnissen beigetragen. Ebenso treten queere Bewegungen aktiv für Gleichheit ein. Beispielsweise sehen wir in Deutschland gerade in sehr vielen kleineren Städten und Dörfern Christopher Street Days, CSDs. Diese werden von manchen als queere Identitätspolitik abgetan. Doch hier sehen wir ganz konkret, dass Menschen in Zeiten, in denen CSDs von rechtsextremen, gewaltbereiten Gruppen angegriffen werden, für die Vielfalt der Demokratie auf die Strasse gehen. Das ist eine Form von «Universalismus von unten», die viel Kraft hat.

Gleichheit und Universalismus werden in Ihrer Sichtweise demnach nicht von oben gewährt, sondern von unten erstritten.

Genau. So wie ich Gleichheit als gelebte Praxis verstehe, betrachte ich Universalismus als etwas, das von unten erkämpft wird. Das sehen wir schon bei der Entwicklung der Menschenrechte seit 1945. Diese wurden ja immer wieder erweitert, und zwar aufgrund von marginalisierten Gruppen, die ihre Rechte eingefordert haben. Beim Universalismus von unten geht es darum, auf die Ausschlüsse von bestehenden universalistischen Normen hinzuweisen, diese anzufechten und zu erweitern. Entsprechend ist Universalismus von unten eine nie stillstehende Bewegung.

Ich möchte gerne auf die gesellschaftliche Bedeutung der Sorgearbeit eingehen. Sie haben vorhin gesagt, wir müssten uns so organisieren, dass wir die Sorge um alle in den Vordergrund stellen. Traditionellerweise geschieht aber das Gegenteil: Sorgearbeit wird abgewertet, schlecht oder gar nicht bezahlt. Warum?

Ich denke, aus dem sehr einfachen Grund, dass sich aus Sorgearbeit sehr wenig Profit schlagen lässt. Einerseits ist Sorge das, was die Gesellschaft feinstofflich zusammenhält und die Grundbedingungen des Lebens schafft. Andererseits lässt sich aus Sorgearbeit schwer Kapital schlagen – obwohl es versucht wird. Durch neoliberale Austerität, also Kürzungen im Zeichen eines «Spardiktats», wird Sorge, die zuvor von sozialstaatlichen Strukturen getragen wurde, ausgelagert: einerseits in den Privathaushalt, aber andererseits in den privatwirtschaftlichen Bereich. So sehen wir aktuell in Deutschland, dass Wohneinrichtungen für ältere Menschen zum Gegenstand finanzwirtschaftlicher Spekulation werden. Dies hat zur Folge, dass in einem der reichsten Länder der Welt ältere Menschen dünne Suppe gereicht bekommen und unter unwürdigen Bedingungen leben müssen – im Bestreben, möglichst viel Profit aus der Sorgearbeit zu ziehen.

Wie ginge es anders? Wie könnte man Ökonomie ausgehend von der Sorgearbeit anders gestalten?

Da gibt es eine lange Tradition feministischer politischer Ökonomie, die anders ansetzt und fordert, dass Wirtschaft sich nicht an Wachstum und Profit ausrichten sollte. Diese ökonomische Denkrichtung geht vom Alltagsökonomischen aus, vom Haushalt und den konkreten Bedürfnissen der Menschen. Sie setzt die Arbeiten der Sorge und des Allgemeinwohls in den Vordergrund und fordert, Sorgearbeit zu vergesellschaften und die staatlichen Versorgungsstrukturen massiv auszubauen.

Wie liesse sich das finanzieren?

Das Geld ist ja da, so ist es nicht. Allein in der Schweiz und in Deutschland – zwei wohlhabende Länder, wo das Geld allerdings sehr ungleich verteilt ist – gibt es durchaus Möglichkeiten für eine andere Steuerpolitik. Nur schon die Vermögens- und Erb-



schaftssteuer in Deutschland, die wirklich angegangen werden müsste.

Stattdessen sehen wir Austerität mit einer Umschuldung von oben nach unten, die zu einer Prekarisierung führt und einen Nährboden bietet für rechtsextreme, antidemokratische Parteien wie die AfD. Derart schwächt die Sparpolitik die Demokratie.

Sie schreiben, dass eine andere Ökonomie auch Raum geben müsse, um der Demokratie Sorge zu tragen. Können Sie das ausführen?

Es gibt verschiedenste Parameter, an denen man arbeiten kann: beispielsweise eine Vergesellschaftung von lebenswichtigen Bereichen wie dem Wohnen durch Genossenschaften und andere Modelle. Ein weiterer Parameter wäre die Viertagewoche, dadurch hätten Menschen mehr Zeit, sich demokratisch einzubringen. Zudem gibt es verschiedenste Möglichkeiten der Demokratisierung der Demokratie, etwa Bürgerinnen- und Bürgerräte, die mehr Partizipation schaffen. Das sind Formen der demokratischen Sorge, die unsere Gesellschaften stärken würden, gerade in Zeiten von massiven Angriffen auf die Demokratie durch rechte, autoritäre bis offen faschistische Kräfte. Die Ängste und die Krisenstimmung, von denen sich rechte Kräfte nähren, haben meines Erachtens viel mit der existenziellen Bedrohung durch die Klimakrise zu tun. Wenn Menschen aber die Möglichkeit bekommen, die sozialökologische Transformation gemeinschaftlich und basisdemokratisch anzugehen, dann stärkt dies auch die Demokratie. Das sehen wir beispielsweise, wenn Menschen ihre Städte gemeinsam klimakrisenfest machen. Wenn sie gemeinsam überlegen können: Wo braucht es in unserer Nachbarschaft mehr Bäume, mehr Hitzeschutz? Das wirkt erst mal wie ein kleinteiliges Beispiel, aber de facto müssen wir unsere politische Praxis dort anfangen, wo wir uns bewegen, wo wir leben. Aktuell geschieht an vielen verschiedenen Orten wahnsinnig viel, mit sehr viel Wissen.

Was gibt Ihnen angesichts der aktuellen autoritären Tendenzen Hoffnung, dass diese egalitären Bewegungen stärker werden können?

Erst einmal muss man dieser Tage einen strategischen Optimismus pflegen. Hoffnung macht mir, wenn ich eben diese egalitären Praktiken sehe und dass sie an vielen verschiedenen Orten

geschehen. Jedoch würde es eine gebündelte Bewegung brauchen, die sich klar gegen antidemokratische, rechte, autoritäre, faschistische Kräfte positioniert, sich sehr, sehr deutlich gegen Austeritätspolitik ausspricht und Zukunftserzählungen für demokratische Gesellschaften einbringt.

Und wie sehen Sie Ihre Rolle als Philosophin in diesen politischen Auseinandersetzungen?

Meine philosophische Praxis sehe ich darin, mit einem egalitären und transformativen Anspruch ein Stück weit in bestehende liberale Diskurse zu intervenieren – als Gegenerzählung und Entgrenzung der politischen Vorstellungskraft. Wir leben jetzt seit Jahrzehnten mit dem neoliberalen Dogma der Alternativlosigkeit. Das hat sich ein Stück weit als Körperwissen in uns eingeschrieben, als Gefühl der Ohnmacht oder Handlungsunfähigkeit. Durch den Aufwind autoritärer Kräfte hat sich das noch massiv verstärkt. Mir scheint, umso wichtiger ist es, uns gegenseitig daran zu erinnern, dass es immer schon möglich war, sich anders, egalitär und freiheitlich zu organisieren. •

Exklusiv
auf
moneta.ch

Ein unentdeckter Planet

Von Roland Fischer

In Kleinbasel dreht seit bald 20 Jahren ein kleiner Himmelskörper seine Runden, abseits des öffentlichen Bewusstseins, aber mit umso grösserer Bedeutung für diejenigen, die sich dort einfinden: Der Planet13 bietet Zugang zu digitalen Räumen für alle.



Jetzt online lesen:
moneta.ch/planet13

Klassenlose Gesellschaft?

Warum gibt es eigentlich noch Zugklassen, warum unterschiedliche Preiskategorien im Theater? Über all die unscheinbaren Ungleichheitssysteme, die unseren Alltag prägen – und unsere Gesellschaft eben doch klar sortieren.

Text: Roland Fischer

Es war der schöne Traum des Marxismus: eine Gesellschaft ohne soziale Klassen. Konkrete Realität ist diese Gesellschaft nirgends geworden, nicht in der Sowjetunion, nicht in Kuba, schon gar nicht in China. Und bei uns gibt es zwar keine ständische Gesellschaft mit rigiden Schubladen mehr, in die man hineingeboren wird wie in eine Kaste in Indien, aber Ungleichheitssysteme, die für Distinktion und Einordnung sorgen, gibt es dennoch – oder vielleicht gerade deswegen? – überall. Seien es die Klassen im Zug oder im Flugzeug, seien es Preiskategorien im Theater oder im Fußballstadion – überall wird man in «Klassen» sortiert, sobald man zur Kasse gebeten wird. Bloss das Brot, der Laptop, der Coiffeurbesuch kosten noch für alle dasselbe. Oder?

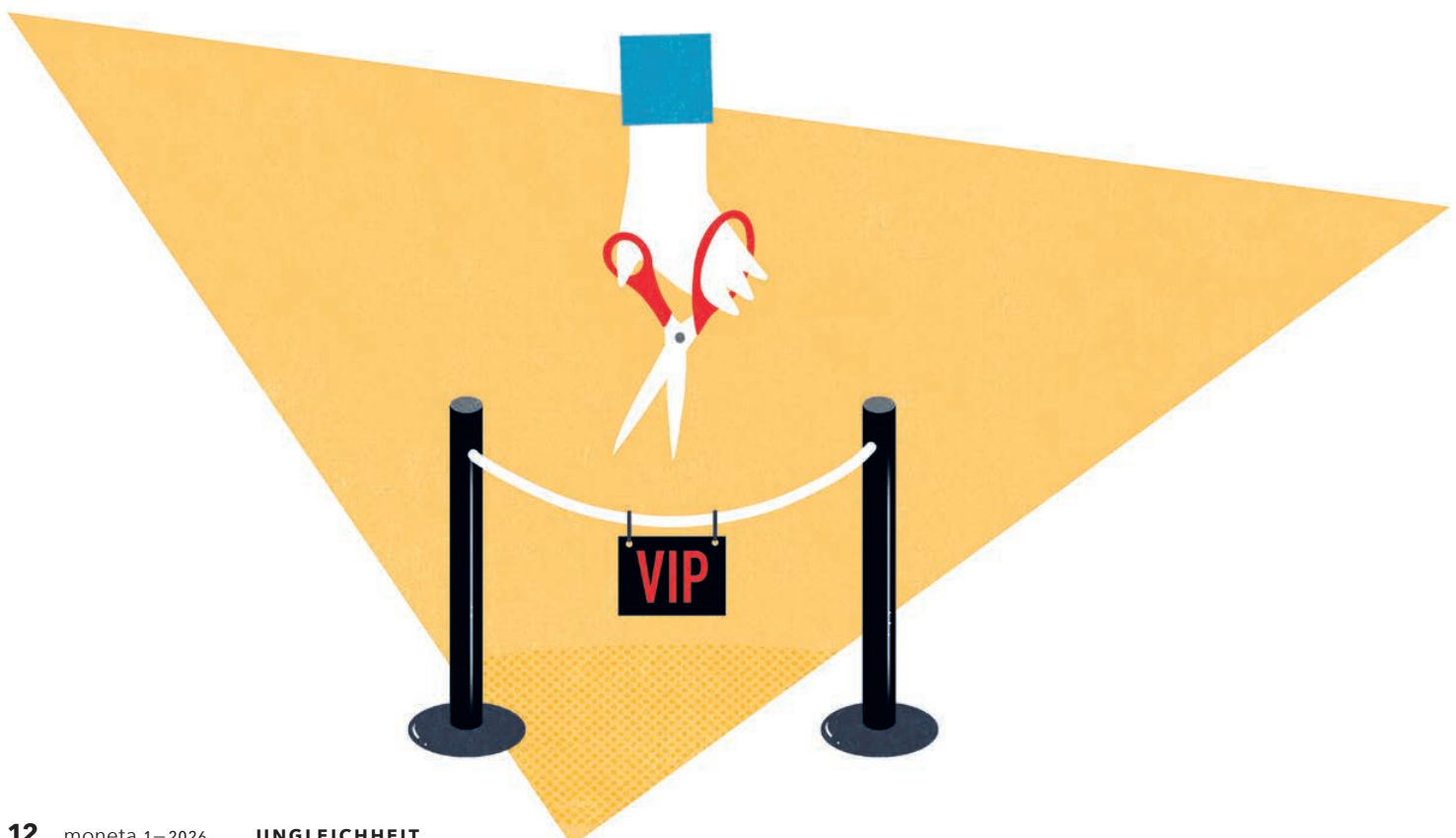
Abbild des sozialen Gefälles

Gerade die Wagenklassen in den Zügen erzählen eine interessante Geschichte: Zu Beginn der Eisenbahn ging es bei der Bereitstellung von Wagen mit unterschiedlichem Komfort durchaus nicht um ökonomische Erwägungen, es ging um soziale Notwendigkeiten. Die Einteilung in Klassen war in der hierarchisch geordneten Gesellschaft des 19. Jahrhunderts schlicht selbstverständlich. Um das

soziale Gefälle richtig abzubilden, hatte man es da anfangs nicht mit einer Zwei-, sondern mit einer Vierklassengesellschaft zu tun. Die billigen Plätze trugen interessanterweise durchwegs mehr zum Betriebsergebnis bei, sie sorgten jeweils für 80 bis 90 Prozent der Einnahmen. Zur Jahrhundertwende, mit dem Aufkommen des Autos und der schwindenden Bedeutung sozialer Hierarchien, nahm die Nachfrage vor allem nach der 1. Klasse immer weiter ab. Gleichzeitig begannen die Eisenbahngesellschaften zu rechnen und sahen die 4. Klasse als zu billig an. So kam es bald zu einer Bereinigung: Mitte des 20. Jahrhunderts beschloss die Europäische Reisezugfahrplankonferenz, mit dem Beginn des Sommerfahrplans 1956 das Zweiklassensystem einzuführen, als europäischen Standard. Nur in Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und der Türkei blieb das alte Dreiklassensystem noch einige Jahre erhalten. Die Geschichte sollte sich unlängst wieder umkehren, mit dem Aufkommen des Hochgeschwindigkeitsverkehrs kam das Dreiklassensystem wieder zurück, im italienischen Frecciarossa gibt es sogar ein Vierklassensystem.

Wer mehr hat, bezahlt auch gern etwas mehr

Diese Art der Abstufung kennt man ja bereits gut von Flugreisen – die Betriebswirtschaftslehre nennt diese unterschiedliche Be-preisung einer im Grunde analogen Leistung (Reise von A nach B) «Preisdifferenzierung» beziehungsweise «Produktdifferenzierung», selbiges kennt man zum Beispiel auch aus dem Shampoo-Regal – salopp könnte man sagen: Wer mehr hat, zahlt auch gern etwas mehr. Dass die Klassen in den Hochgeschwindigkeitszügen ähnlich heissen wie im Flugverkehr («Business» bzw. «Executive»), betont wiederum den Charakter der – nunmehr implizit gewordenen, aber deshalb nicht weniger spürbaren – Klassengesellschaft: Man bleibt in gewissen Kreisen nun einmal gern unter sich.



Wer subventioniert hier wen?

Dasselbe Prinzip gibt es in der Oper und im Fussballstadion: unterschiedliche Preiskategorien für unterschiedlich privilegierte Services. In der Opernloge gibt es gepolsterte Sessel und beste Sicht, auf den VIP-Plätzen im Stadion direkten Zugang zur Gastronomie und eventuell auch noch ein Meet-and-Greet. Umgekehrt sind in vielen Opernhäusern die billigsten Plätze so weit oben oder hinten, dass die Sicht auf die Bühne arg eingeschränkt ist – das fühlt sich dann ähnlich an, wie sich früher die vierte Bahnklasse angefühlt haben muss, die fast nur Stehplätze bot und damit wohl ein eher unangenehmes Reiseerlebnis. Wirtschaftsliberal (und durchaus auch ein wenig von oben herab) argumentiert, ist das ein Entgegenkommen den weniger Vermögenden gegenüber: Durch die Produktdifferenzierung kommen auch Menschen ohne viel Geld in den Genuss von elitärer Musik oder einer (im Prinzip luxuriösen) Zugfahrt. Klassen wären so betrachtet also eine demokratische Einrichtung, die ärmeren (oder sparsamen) Menschen zugutekommt. Die simple Rechnung aus dieser Perspektive: Würde man die erste Klasse abschaffen, würden sich für die zweite die Preise erhöhen.

Das sieht die unlängst lancierte Schweizer Petition «Klassen im ÖV abschaffen – Erstklassiger ÖV für alle!» allerdings komplett anders: «Alle, die in Stosszeiten im ÖV unterwegs sind, werden Zeug*innen derselben Absurdität: In der 2. Klasse drängen sich Menschen wie in einer Sardinenbüchse dicht an dicht, Sitzplätze sind Mangelware. Nur eine Glastür weiter: gährende Leere in der 1. Klasse.» Dabei subventioniere die 2. Klasse sogar die 1. Klasse, wie die Petition argumentiert. Gemäss einem SBB-internen Dokument würden pro Nutzfläche in der 2. Klasse 1,7 mal mehr Erlöse generiert als in der 1. Klasse. Was stimmt denn nun? Es wird wohl letztlich an der Frage hängen, wie viele Wagen man überhaupt an einen Zug hängen kann.

Dynamische Preise, unfaire Preise?

Und wie war das noch einmal mit dem Brot oder dem Laptop? Auch da gerät unlängst nämlich einiges ins Rutschen, Stichwort Dynamic Pricing. Auch hier ist der Blick in die Geschichte spannend: In vormodernen Zeiten war das «Dynamische» Standard, Preise für Konsumgüter fanden sich durch Verhandlungen (oder «Feilschen») zwischen Käufern und Verkäufern. Erst ab den 1870er-Jahren begannen Verkäufer, Preisschilder an Konsumgütern anzubringen – nun erst galt: ein Produkt, ein Preis. Dass sich das heute vor allem im digitalen Raum wieder verflüssigt, kommt bei den Konsumierenden allerdings nicht gut an – meist empfindet man solche «dynamisch» an Angebot und Nachfrage angepasste Preissysteme als unfair. Aber auch da wieder: Haben wir uns im Kontext von Easyjet und Konsorten nicht längst an solche Systeme gewöhnt? Und müsste uns das eigentlich noch viel saurer aufstossen? Teurere Easyjet-Plätze bieten ja nicht einmal einen besseren Komfort oder Service, hier geht es allein um das Glück des Frühbuchers beziehungsweise das Pech des Spontanreisenden.

Bald Preisbestimmung durch Überwachung?

Zum eigentlichen Albtraum könnte sich Dynamic Pricing aber entwickeln, wenn es die Möglichkeiten des Digitalen wirklich auszuschöpfen beginnt: Man nennt das dann Surveillance Pricing, also Preisgestaltung durch Überwachung. Bei dieser Form dynamischer Preisgestaltung werden auch die persönlichen Daten der Verbrau-

cherinnen und Verbraucher mit einbezogen. Wichtig können dabei Standort, demografische Daten, Surfverhalten oder finanzielle Verhältnisse sein. Kehren hier etwa der Basar und das Feilschen zurück? In manchen Ländern ist es ja nach wie vor üblich, den Preis einer Ware nach der (erwarteten) Dicke des Portemonnaies zu bemessen. Sieht ein Kunde in einer Bar in Palermo nach gut betuchtem Touristen aus, wird er den Kaffee bestimmt nicht so günstig wie ein Einheimischer bekommen. Finden wir das nun unfair oder irgendwie berechtigt, zum Schutz der lokalen Community? Könnte Dynamic Pricing also eine Möglichkeit zur fairen «Besteuerung» via Preispolitik sein? Dinge explizit höher zu bepreisen für diejenigen, die auch mehr zu zahlen bereit sind: Wenn der Algorithmus errechnet hat, dass man für den neuen Laptop auch ein wenig mehr zu bezahlen bereit ist, geht der Preis automatisch nach oben. Und wenn man notorisch knapp bei Kasse ist, bekommt man entsprechend tiefere Preise angezeigt. Im Laden könnte dasselbe ein leistungsfähiges Gesichtserkennungssystem bieten. Für die Verkäufer könnte sich ein solches System durchaus lohnen, betriebswirtschaftlich. Die Zeche würden dann wohl die vulnerabelsten Verbraucherinnen und Verbraucher zahlen. So war es in der digitalen Extraktionswirtschaft, wo unsere Daten zu den ausgebeuteten Ressourcen werden, bisher immer der Fall. Und es sieht nicht danach aus, als hätten die Leihengste im Silicon Valley Lust, an den etablierten (Macht)Verhältnissen irgendetwas zu ändern. Das pure Gegenteil einer klassenlosen Gesellschaft wäre so ein wirtschaftsliberaler Basar natürlich sowieso. •

Die Arbeitsstiefelchen standen schon bereit

Exklusiv
auf
moneta.ch

Von Esther Banz

Kinder, die auf Höfen und in Anstalten zur Arbeit gezwungen wurden – das gab es in der Schweiz mindestens bis Ende der 1980er-Jahre. Christian Tschannen war eines von ihnen. Seine Geschichte ist exemplarisch für die jüngere Sozialgeschichte der Schweiz, die auch eine Geschichte der Ungleichheit ist.



Jetzt online lesen:
moneta.ch/tschannen

DIE SEITEN DER ABS

DER FAIRE HANDEL BRAUCHT EINE STABILE FINANZIERUNG

Gerecht gehandelte Lebensmittel wie Kaffee und Kakao verbessern die Lebensbedingungen in den Produktionsländern. Doch für einen echten Durchbruch ist es nötig, die Ernte möglichst rasch nach dem Einbringen zu bezahlen. Die Genossenschaft Fair2C möchte diese Lücke füllen, der der Innovationsfonds der ABS hat ebenfalls Anteilsscheine gezeichnet. Text: Pieter Poldervaart

Wer Bananen, Kaffee, Schokolade oder andere Lebensmittel aus dem Weltsüden mit dem Fairtrade-Label kauft, bezahlt einen etwas höheren Preis und ermöglicht damit den Bäuerinnen und Bauern im Ursprungsland ein existenzsicherndes Einkommen. Die Rechnung geht allerdings nur auf, wenn die Produzentinnen und Produzenten einen möglichst hohen Anteil der Ernte über den Fairtrade-Kanal absetzen können. Häufig erhalten sie jedoch nur für einen oder zwei Drittel ihrer Produktion die Fairtrade-Prämie, der Rest wird konventionell verkauft. Ein Grund dafür ist die Verzögerung beim Verkauf der Ernte. Die Kooperativen, denen eine Kaffeebäuerin in den meisten Fällen angeschlossen ist, nimmt zwar die erntefrischen Kaffeebohnen entgegen. Diese werden anschliessend aber noch sortiert und gereinigt, verpackt und verschifft. Dazu kommen zeitaufwendige Qualitätsanalysen. «Die Kaffeehändler aus Europa und den USA bezahlen den Rohkaffee erst, wenn er im Containerschiff unterwegs ist. Ab der Ernte kann das mehrere Monate dauern», erklärt Marie-Noëlle Jerschke, Partnerin bei FairCapital SA. Und so lange muss die Bäuerin häufig auf ihre Bezahlung warten. Während dieser Zeit fehlen ihr die finanziellen Mittel, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, aber auch, um Technik oder neue Setzlinge anzuschaffen. Der Klimawandel verschärft das Problem, weil er den Wechsel zu neuen Nutzpflanzensorten, die Einführung von Agroforstwirtschaft, die Diversifizierung der Anbaukulturen oder Investitionen in Bewässerungssysteme erzwingt. Darum wird ein Teil der Ernte zu tieferen Preisen und ohne Label an den konventionellen Zwischenhandel verkauft.

Rasche Bezahlung ist rar

Eine Lösung wäre die Vorfinanzierung der Ernte. Zwar praktizieren das bereits einige Kaffee-grosshändler, darunter auch Schweizer Importeure. Doch üblicherweise gilt diese Vorfinanzierung nur für einen Teil der Ernte. «Die Firmen wollen damit vermeiden, dass sie viel Kapi-

tal binden. Zudem gehört die Vorfinanzierung, gerade in Ländern mit einem schwach ausgebauten Bankensystem, nicht zu ihrem Kerngeschäft», erklärt Jerschke. Ihr Unternehmen, die Schweizer FairCapital SA, versucht seit 2020, diese Lücke zu füllen und hat sich auf die Zwischenfinanzierung im fairen Handel spezialisiert. Als das Managementteam von FairCapital im persönlichen Umfeld vom Berufsalltag erzählte, bekundeten auch Privatpersonen ihr Interesse, sich an diesem System zu beteiligen. «Wir entschieden uns deshalb, nicht nur institutionelle Anlegerinnen und Anleger anzusprechen, sondern auch Personen, die mit einer kleineren Anlage partizipieren wollten», so Jerschke. Zu diesem Zweck wurde 2021 die Genossenschaft Fair2C aus der Taufe gehoben. Heute sind es gut 80 natürliche und juristische Personen, die mindestens einen Anteilsschein in der Höhe von 5000 Franken gezeichnet haben. Neben der auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Pensionskasse Abendrot ist auch die ABS über den Innovationsfonds an Fair2C beteiligt und hält zehn Anteilsscheine. «Das Engagement der ABS hat es uns erleichtert, die Genossenschaft aufzubauen», erklärt Jerschke.

Professionelle Vorabklärungen

Die Genossenschaft kann dabei von der Vorarbeit der FairCapital SA profitieren. So erledigt die grosse Schwester die Identifizierung und Überprüfung geeigneter Kooperativen, schliesst Verträge ab und kontrolliert die Finanzströme. Statt der branchenüblichen bis zu 18 Prozent bezahlen die Kooperativen im Durchschnitt etwa 10 Prozent Zins für die zwei, drei Monate, bis die Bezahlung des Grosshändlers eintrifft. Zur Senkung des Zinssatzes trägt die Verpflichtung des Kaffeehändlers bei, den Kaufpreis direkt an Fair2C zu überweisen. So sinkt das Kreditrisiko zusätzlich. Um das Risiko für die Kleinanlegerinnen und -anleger von Fair2C möglichst tief zu halten, schlägt zudem FairCapital dem Vorstand der Genossenschaft ausschliesslich Investments in Kooperativen vor, mit denen die Firma selbst schon seit mehreren Jahren gut zusammengearbeitet. «Wir können Vorschläge aber auch ablehnen und haben ausserdem die Freiheit, den Dienstleister zu wechseln», erklärt Christine Hofstetter, Vorstandsmitglied von Fair2C und seit Jahren auch beruflich im Impact Investment tätig.

Schwerpunkt Lateinamerika

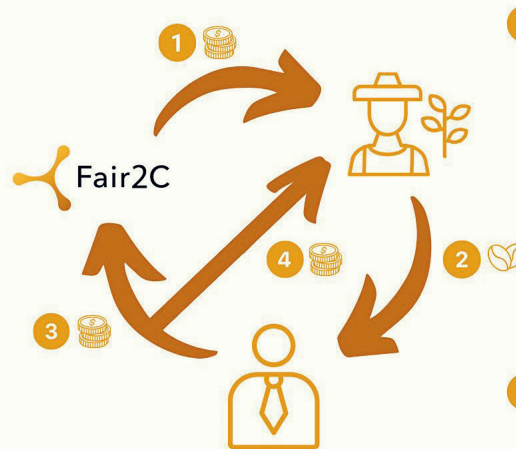
Die Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler erhalten je nach Geschäftsgang bis zu 3 Prozent Dividende auf ihre Einlage und können ihr Kapital nach einer sechsmonatigen Kündigungsfrist wieder zurückziehen. «Bisher haben wir nur in unserem Bekanntenkreis



Foto und Illustration: Fair2C

Mateo aus Guatemala baut bereits sein ganzes Leben lang Kaffee an, genau wie seine Eltern vor ihm. Seit 14 Jahren ist er stolzes Mitglied von Asobagri.

- 1 Eine Kleinbäuer:innenorganisation wird für den Erhalt einer Kreditlinie von Fair2C zugelassen. Um Zugang zu den Mitteln zu erhalten, muss sie unterzeichnete Handelsverträge mit Kaffeeimporteuren vorlegen. Sobald diese Verträge akzeptiert sind, zahlt Fair2C die Mittel aus.
- 3 Nach einigen Wochen zahlen die Importeure den vereinbarten Betrag für den Kaffee an Fair2C.



- 2 Die Kleinbäuer:innenorganisation sammelt den Kaffee und liefert ihn an die Importeure.
- 4 Fair2C leitet den Betrag an die Kleinbäuer:innenorganisation weiter, nach Abzug des Darlehensbetrags und der Zinsen.

geworben, denn für ein professionelles Marketing fehlen uns die Mittel», so Hofstetter. Das Ziel sei jedoch, zu wachsen. Denn je mehr Kapital die Genossenschaft hat, desto grösser ist der Hebel, mit dem sie dank der Vorfinanzierung von Ernten den fairen Handel fördern kann: Selbst die Kooperativen, bei denen Fair2C engagiert ist, verkaufen erst 20 bis 65 Prozent ihres Kaffees mit Fairtrade-Prämie, der Rest wird zum Standardpreis vermarktet.

Limitiert ist aktuell auch der geografische Raum, in dem die Genossenschaft Fair2C aktiv ist. «Derzeit sind wir in fünf Ländern Zentral- und Südamerikas tätig und beschränken uns vorerst auf Kaffee», erklärt Marie-Noëlle Jerschke. In diesen Regionen seien die Kooperativen stabil und ein vertrauenswürdiger Handelspartner; bisher sei es zu keinem Kreditausfall gekommen. FairCapital SA, die mehr Risiko stemmen kann, agiert hingegen auch in fünf afrikanischen Ländern und finanziert dort zusätzlich Produkte wie Kakaobohnen und Cashewnüsse vor. Ihr Portfolio umfasst über 60 Kooperativen.

Während die FairCapital SA im vergangenen Geschäftsjahr mit mehr als 30 Millionen Franken arbeiten konnte, ist die Genossenschaft Fair2C mit rund einer Million Franken investiert, wobei das Geld mehrmals pro Jahr als kurzfristiges Darlehen genutzt wird. «Unsere Wirkung berechnet sich jeweils anhand der jährlichen Fairtrade-Prämie, die dank unserer Vorfinanzierung zustande kam, im letzten Geschäftsjahr umgerechnet 287 650 Franken», rechnet Hofstetter vor. Neben der reinen Zwischenfinanzierung hat sich die Genossenschaft noch einer weiteren Aufgabe verschrieben: Sie will bei den Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten das Bewusstsein für Fairtrade-Produkte fördern. Dabei setzt man auf Veranstaltungen etwa bei Röstereien, um die Produkte vorzustellen, das System der Vorfinanzierung zu erklären und neue Genossenschaftsmitglieder anzuwerben. Christine Hofstetter: «Diese Art der persönlichen Kommunikation hat sich bewährt, um die direkte Wirkung unserer Arbeit verständlich zu erklären.»

Weitere Informationen finden Sie unter fair2c.ch

MIT IHRER SPENDE KÖNNEN SIE SINNVOLLES UNTERSTÜTZEN.

Warum braucht es den Innovationsfonds?

Die ABS hat 1997 den eigenständigen Verein Innovationsfonds gegründet. Dies, um nachhaltige Projekte und Unternehmen zu unterstützen, die gemäss regulatorischen Bestimmungen (noch) keinen Bankkredit erhalten können oder denen das Eigenkapital fehlt. Seit 2025 legt der Innovationsfonds seinen Schwerpunkt auf die Förderung nachhaltiger Jungunternehmen, die sich dem verantwortungsvollen Unternehmertum verschrieben haben und innovative Modelle wie beispielsweise Verantwortungseigentum umsetzen. Jährlich gehen beim Innovationsfonds 80 bis 100 Anfragen ein, von denen er sechs bis acht fördert.

Sie möchten den Innovationsfonds mit einer Spende unterstützen?

Spendenkonto
IBAN CH85 0839 0115 0810 0100 0
Verein Innovationsfonds
Schwengistrasse 12
4438 Langenbruck

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Weitere Informationen zum Innovationsfonds finden Sie unter abs.ch/verein-innovationsfonds

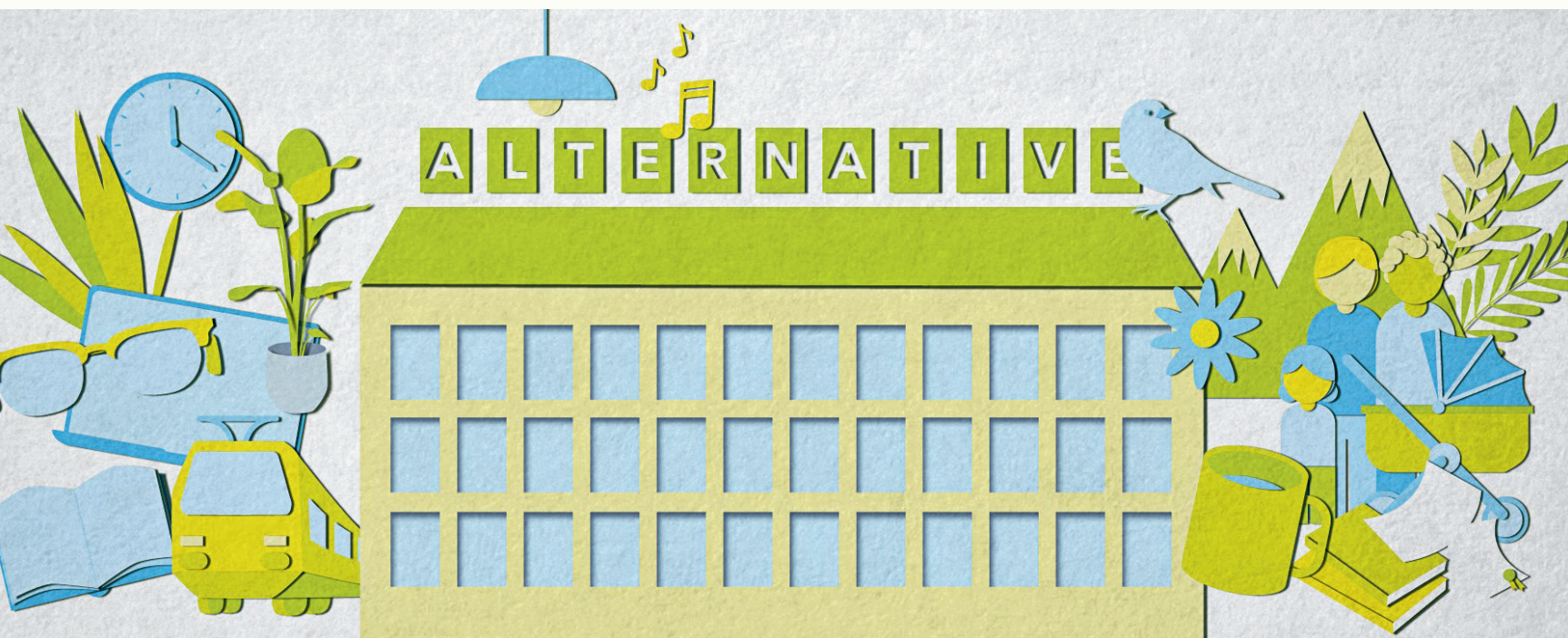


Illustration: artischock.net

NEUES VERGÜTUNGSMODELL PARTIZIPATIV ENTWICKELT

Die ABS hat ihr Vergütungsmodell überarbeitet. Im Fokus stand dabei das Lohnmodell. Warum das neue Modell transparenter ist, welche neuen Mitsprachemöglichkeiten es Mitarbeitenden bietet und warum die Attraktivität der ABS auf dem Arbeitsmarkt gestiegen ist, erklärt Astrid Blunski im Interview. Sie hat das neue Modell mitentwickelt in ihrer Rolle als Organisationsentwicklerin. Zudem leitet sie den Kreis Menschen (Personal) der ABS.

Text: Simon Rindlisbacher

Weshalb hat die ABS ihr Vergütungsmodell überarbeitet?

Astrid Blunski Unser Vergütungsmodell besteht aus drei Teilen: Das Lohnmodell legt fest, wie wir Löhne berechnen. Der Vergütungsteil umfasst aussergewöhnliche Leistungen, die die ABS-Mitarbeitenden zusätzlich zum Lohn erhalten. Das sind beispielsweise die ABS-Kinderzulagen, Essensentschädigungen oder Zuschüsse an Abos für den öffentlichen Verkehr. Der dritte Teil sind die Vergütungsprozesse. Sie regeln, wer die Löhne festlegt und wie das Modell gepflegt und weiterentwickelt wird. Bei der Überarbeitung lag das Hauptaugenmerk auf dem Lohnmodell, denn das alte Lohnmodell ABAKABA war in die Jahre gekommen. Die Berechnung der Löhne war komplex und nur noch schwer nachvollziehbar. Damit war es uns nicht mehr transparent genug. Auch

die Vergütungsprozesse haben wir angepasst. Dabei ging es vor allem darum, sie in das neue soziokratische Führungs- und Organisationsmodell der Zusammenarbeit einzubetten. An den aussergewöhnlichen Leistungen haben wir vorerst nichts geändert, da wir da bereits sehr gut aufgestellt sind und attraktive Arbeitsbedingungen bieten.

Wie seid ihr bei der Entwicklung vorgegangen?

Wir luden alle Mitarbeitenden ein, sich selbst oder andere für die Mitarbeit am Projekt zu nominieren. Aus den Nominierungen wählten wir dann sieben Personen in eine Arbeitsgruppe, sodass alle Hauptkreise und Regionen der ABS vertreten waren. Ich war auch selbst dabei. Unterstützt wurden wir während der ganzen Dauer des Projekts von einer externen Beratungsfirma. In einem ersten Schritt hielten wir gemeinsam fest, was besser sein soll am neuen Modell. Zudem fragten wir uns, wofür man bei der ABS Lohn bekommen soll. Aus den Antworten leiteten wir Prinzipien für das neue Vergütungsmodell ab, die uns dann als Orientierung dienten, als wir das neue Modell effektiv entwickelten. Wichtig waren auch die Rückmeldungen von verschiedenen Anspruchsgruppen in der Bank, wie dem Verwaltungsrat, der Geschäftsleitung oder der Personalkommission. Mit ihnen sowie weiteren Fach- und Führungsrollen haben wir unsere Vorschläge regelmässig besprochen.

Astrid Blunshi ist Koordinatorin Personal und Organisationsentwicklerin bei der ABS. Im Interview berichtet sie über die Entwicklung bis hin zur Einführung des neuen Vergütungsmodells.



Foto: Anni & Julian, anni-julian.ch

Wie funktioniert das neue Lohnmodell?

Wie das bisherige Lohnmodell ABAKABA basiert auch das neue Modell auf dem Grundsatz «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit». Neu wird für jede Rolle in der Bank ein Ankerlohn festgelegt. Entscheidend ist, wie viel Verantwortung diese Rolle mit sich bringt und welche Expertise dafür nötig ist. Ausgehend von diesem Ankerlohn, wird für jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter der individuelle Lohn definiert. Dieser bewegt sich innerhalb einer festgelegten Bandbreite von minus bis plus 10 Prozent des Ankerlohns. Für die Einordnung innerhalb dieser Bandbreite sind die Rollenpassung, das ABS-Erfahrungswissen sowie zusätzliche für die Bank relevante Kenntnisse massgebend.

Auf den ersten Blick scheint das doch recht ähnlich zu sein wie das alte Modell: Rolle und relevante Erfahrungen bestimmen den Lohn. Was genau ist neu? Was zeichnet das neue Modell aus?

Im neuen Modell ist viel transparenter, wie die Löhne zustande kommen. Der Ankerlohn, also der fixe Sockel, der von der Rolle abhängt und nicht von der Person, macht zudem einen grösseren Anteil des Gesamtlohns aus. Gleichzeitig ist der variable Anteil klar begrenzt. Wie im vorherigen existieren auch im neuen Lohnmodell der ABS keine Boni, und die Lohnspanne von maximal 1:5 muss weiterhin eingehalten werden (2025 betrug sie 1:3,4). Neu ist auch das Vergütungskomitee, welches das Vergütungsmodell laufend überprüft und weiterentwickelt. Es besteht aus einer Person aus dem Kreis Menschen (Personal), einer Vertreterin oder einem Vertreter aus der Personalkommission und bis zu vier weiteren Mitarbeitenden der ABS - und es ist eine der Anlaufstellen für den Fall, dass Mitarbeitende mit ihrem Lohn nicht einverstanden sind.

Welche Möglichkeiten haben Mitarbeitende in diesem Fall?

Die erste Frage ist immer, ob sie mit der Einstufung der Rolle in Bezug auf Verantwortung und Expertise nicht zufrieden sind oder mit der individuellen Einstufung des variablen Bestandteils. Im ersten Fall können die Mitarbeitenden sich an das Vergütungskomitee wenden. Dieses prüft die Einstufung erneut und legt den Ankerlohn neu fest. Im zweiten Fall können die Mitarbeitenden sich direkt bei ihrer Koordinatorin oder ihrem Koordinator melden und im Dialog die Einstufung überprüfen. Bei Bedarf begleitet jemand aus dem Kreis Menschen diesen Prozess.

Mit der Einführung des Modells wurden alle Rollen in der Bank neu eingestuft. Erhalten alle Mitarbeitenden weiterhin den gleichen Lohn?

Nein, es gibt Mitarbeitende, deren Lohn gestiegen, und solche, deren Lohn gesunken ist. Da wir gleichzeitig

das generelle Lohnniveau angehoben haben, waren am Ende nur wenige von einer Lohnreduktion betroffen. Für sie haben wir verschiedene Massnahmen ergriffen, um die Reduktion möglichst abzufedern.

Wie haben die Mitarbeitenden auf die Einführung reagiert?

Im Grossen und Ganzen waren die Reaktionen positiv. Lohn ist ein hochemotionales Thema, und es war klar, dass es nicht möglich ist, ein Modell zu entwickeln, mit dem alle Mitarbeitenden vollends glücklich und zufrieden sind - auch wenn das grundsätzlich unsere Ambition war. Durch die transparente und umfassende Kommunikation und die saubere Planung der Überführungsprozesse vom alten ins neue Modell konnte das Modell aber weitgehend ohne grössere Reibungen eingeführt werden. Den HR-Beraterinnen und -Beratern bringt das neue Modell eine deutliche Vereinfachung. Die Prozesse sind klarer und damit auch weniger aufwendig - und wir konnten damit auch die Attraktivität der ABS am Arbeitsmarkt erhöhen.

Inwiefern?

Zum einen, weil das allgemeine Lohnniveau angehoben wurde, und auch, weil wir die Ankerlöhne an marktübliche Löhne angenähert haben. Die ABS wächst laufend weiter, dementsprechend auch das Team. In dieser Situation hilft das neue Vergütungsmodell, dass wir auch in Zukunft gute und genügend Fachleute finden. Natürlich: Bei der ABS ist es zentral, dass die Menschen zu uns kommen, weil sie die Werte der Bank teilen. Aber am Ende soll ein Vertragsabschluss nach Möglichkeit auch nicht am Lohn scheitern. Erste Rückmeldungen von Bewerbenden zeigen: Die Transparenz des Prozesses, mit dem wir neu die Löhne festlegen, aber auch der Löhne bei der ABS generell kommt in der Regel sehr gut an und gilt als aussergewöhnlich für den Markt. Jetzt gilt es für alle, Erfahrungen mit dem neuen Modell zu sammeln. In der Praxis werden wir erkennen, was gut funktioniert und was nicht und wo Anpassungen nötig sind.



FEBEA-JAHRESKONGRESS IN THUN: ETHISCH AUCH IN SCHWIERIGEN ZEITEN

Ethisches Banking ist der Gegentrend zum aktuellen politischen Mainstream. Dabei ist man nicht zwingend in der Defensive, wie der Jahreskongress der Europäischen Föderation der ethischen und alternativen Banken (FEBEA) am 2. Oktober 2025 in Thun zeigte. Denn Nachhaltigkeit bleibt für viele Institutionen und Private auch bei Finanzanlagen zentral. Text: Pieter Poldervaart

Trumps Demokratieabbau, Putins Krieg und populistische Wahlsieger in Europa: Angesichts der aktuellen Weltlage haben Themen wie Klimaschutz, Sozialstandards und Ethik einen schweren Stand. Das gilt auch in der Finanzbranche. Doch gleichzeitig kann die Krise eine Gelegenheit sein, das eigene Profil zu schärfen. Das zeigte der Jahreskongress der Europäischen Föderation der ethischen und alternativen Banken (FEBEA), der am 2. Oktober in Thun stattfand. Gastgeberin und Organisatorin der Tagung war die Alternative Bank Schweiz. Nicole Bardet räumte im Namen der ABS und als Vorstandsmitglied der FEBEA ein, es sei zwar erfreulich, dass sich ESG (Environmental, Social and Governance) auf EU-Ebene durchsetze. Doch neue Regularien orientierten sich meistens am kleinsten gemeinsamen Nenner. Die ABS und andere ethische Banken hingegen streben nicht möglichst hohe Gewinne unter dem ESG-Siegel an, sondern möchten bessere und damit strengere Anforderungen.

«Menschenrechte sind nicht verhandelbar»

In seiner Begrüßungsrede betonte FEBEA-Präsident Pedro M. Sasia Santos, die aktuelle Militarisierung ignoriere, dass die Bedrohung unserer Lebensgrundlagen keine rein militärische sei. Vielmehr habe auch der Klimawandel drastische Folgen für unsere Zukunft. Eine andere globale Herausforderung sei die soziale Ungleichheit. Dieser wollen die 33 Banken, Stiftungen und Finanzrichtungen aus 17 europäischen Ländern, die in der FEBEA organisiert sind, entgegenwirken, so Pedro M. Sasia Santos weiter. Trotz starkem Gegenwind aus der Politik habe der nachhaltige Finanzsektor gezeigt, dass er profitabel, resilient und vital sei. «Wir dürfen uns dem aktuellen Backlash nicht beugen, sondern müssen im Gegenteil zeigen, was die Alternativen sind», rief der FEBEA-Präsident die 150 Anwesenden auf. Menschenrechte und Inklusion gerade auch der verletzlichen Gesellschaftsteile seien Gebote der Stunde. Die ethischen Banken hätten dabei mit ihrer Kreditvergabepolitik eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Megatrends sind relativ

Wie verwirrend die aktuelle Situation ist, zeigte Roger Spindler vom Thinktank Zukunftsinstitut. Er skizzierte die verschiedenen Megatrends – relativierte sie aber teilweise auch mit dem Hinweis, dass jeder Trend einen Ge-

gentrend auslöse und viele Entwicklungen ihren Zenit schon erreicht hätten. Die Individualisierung etwa scheint sich totgelaufen zu haben. Hingegen erhält die «We-Culture» Auftrieb, also das gemeinsame Erleben und die Suche nach einer gemeinsamen Lösung. Auch die Globalisierung ist kein unantastbares Mantra mehr. Vielmehr wird die Entwicklung auf die örtlichen Gegebenheiten heruntergebrochen, was zur «Glokalisierung» führt, einem Kunstwort aus Globalisierung und Lokalisierung. Für das ethische Finanzwesen könnte das bedeuten, dass soziale Werte wieder höher gewichtet werden und die Finanzierung der örtlichen Realwirtschaft mehr zählt als der fiktive Buchgewinn an der Börse.

Ethik bleibt gefragt

Marek Hudon, Vorsitzender der Nichtregierungsorganisation Finance Watch, blickte ein paar Jahre zurück, als Ethik im Finanzwesen noch zum guten Ton gehörte. «Wir meinten damals, wir hätten gewonnen», fasste er die damalige Euphorie des ethischen Bankings zusammen. Doch nicht nur die kriegerischen und politischen Turbulenzen der letzten Jahre haben der Nachhaltigkeit einen jähen Dämpfer verpasst. Auch das Lobbying in den Schaltzentralen Brüssels leistet seinen Beitrag dazu: Wenn im Banking ein neuer Standard eingeführt werden sollte, seien die grössten Akteure an vorderster Front dabei, um die Regulierung nach ihrem Gusto zu modellieren, sagte Hudon. Die Banken seien mit rund dreissig professionellen Lobbyisten in Brüssel präsent, die sozial-ökologische Seite, repräsentiert von Verbänden wie Finance Watch oder FEBEA, hingegen nur mit je einem.

Trotzdem ist der Wirtschaftsprofessor optimistisch. In einer eben publizierten Studie weist Hudon nach, dass in der Bevölkerung ein grosses Misstrauen gegenüber konventionellen Banken besteht. Wer sein Geld hingegen zu einer ethischen Bank trage, tue dies hauptsächlich aus Überzeugung und weniger aus finanziellen Motiven. Und wer Anlagen bei alternativen Finanzinstituten erwerbe, dem gehe es nicht in erster Linie um seine gesellschaftliche Reputation, sondern um Ökologie oder Ethik. «Verwässern konventionelle Banken ihre nachhaltige Anlagepolitik, suchen die Anlegerinnen und Anleger Alternativen – also uns», schlussfolgerte Hudon. Um die Aufnahme dieser Kundinnen und Kunden zu erleichtern, sei es wertvoll, Allianzen zu schmieden, beispielsweise mit Konsumentenverbänden, die dem ethischen Banking nahestünden.

Kooperation innerhalb der FEBEA stärken

Der Aufruf, sich enger zu vernetzen und damit das nachhaltige Banking zu stärken, könnte in ganz praktische Projekte münden. Vorschläge für solche entwickelten die Teilnehmenden des Kongresses im Rahmen eines World-Cafés. Ein Vorschlag war beispielsweise, einen gemeinsamen europäischen Fonds zu schaffen, um flexibel auf dringende Kreditnachfragen zu reagieren. Und um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, kam die Idee auf, jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach der Ausbildung ein Praxisjahr bei einer ausländischen Partnerbank zu vermitteln – ein Austausch mit Lerneffekt, der langfristig auch dem eigenen Finanzinstitut zugutekommt.

JUNGES LOBBYING FÜR ETHISCHES BANKING

Finanzflüsse sind ein entscheidender Hebel, um Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt voranzubringen. Andererseits interessieren sich viele Menschen erst ab einem bestimmten Alter dafür, wo sie ihr Geld anlegen oder wie ihre Pensionskasse das Altersguthaben investiert. «Vielen Jungen fehlt das Basiswissen zu Wirtschaft und Geld», sagt Yolanda del Olmo. Die auf Start-ups spezialisierte Produkt-Designerin ist Mitglied von JóvenesxFiare. Der Verein setzt sich in Spanien dafür ein, das Bewusstsein für einen sozialen und ökologischen Umgang mit Geld zu stärken. JóvenesxFiare arbeitet mit Fiare Banca Etica zusammen, einer Tochter der italienischen Banca Etica. Die jungen Erwachsenen engagieren sich ehrenamtlich, halten an Universitäten Referate oder beteiligen sich an Podiums-

diskussionen zum Thema ethischer Umgang mit Geld. Einzig für die Teilnahme am Jahrestreffen und an Tagungen wie dem FEBEA-Jahreskongress werden ihnen die Reisekosten zurückerstattet. Aktuell sind es in Spanien über 70 Personen zwischen 18 und 35, die bei JóvenesxFiare mitarbeiten. Zwar nennt sich die Organisation nach der ethischen Fiare Banca Etica, aber «wir sind kein Marketingtool für eine Bank, sondern für die Philosophie», betont Yolanda del Olmo. Die Organisation wolle junge Menschen erreichen, um ihnen zu zeigen, wie verantwortungsbewusstes wirtschaftliches Verhalten positive Veränderungen in der Gemeinschaft bewirke. Nachdem sich die Organisation seit 2018 in Spanien verankert hat, ist man jetzt daran, in Italien eine ähnliche Struktur aufzubauen.

Die Delegation von JóvenesxFiare zeigte am FEBEA-Jahreskongress, dass der ethische Umgang mit Geld auch Junge interessieren kann.

Foto: Jean-Christophe Dupasquier



HERZLICH WILLKOMMEN, DANIEL HOFER



Foto: fotofabrik.ch

«Seit über 35 Jahren steht die ABS konsequent für Werte ein, die auch mir schon immer wichtig waren: Nachhaltigkeit, Fairness, Solidarität und Transparenz», sagt Daniel Hofer. Damit sei die ABS ein Leuchtturm in der Finanzbranche, und genau das habe ihn bewogen, sich bei der Bank zu bewerben. Der 44-jährige Vater von zwei Kindern ist seit dem 1. November 2025 als Verantwortlicher für den Bereich Services Teil der Geschäftsleitung der Alternativen Bank Schweiz. Das Bankwesen ist bereits das vierte Berufsfeld, das er in seiner Laufbahn

erkundet: Während seines Studiums der Internationalen Beziehungen in Genf arbeitete er als diplomatischer Berater, anschliessend war er in der Wirtschaftsberatung tätig, auch in Leitungspositionen. Schliesslich wechselte er zur BLS in die Mobilitätsbranche. Bei der Bahngesellschaft führte er zuerst den Vertrieb, übernahm später die Verantwortung für den Bereich Personenmobilität und war Mitglied der Geschäftsleitung. Ab 2018 hatte er zudem bei mehreren Tochtergesellschaften Verwaltungsratsmandate inne. Insgesamt blieb

er der Bahngesellschaft 13 Jahre lang treu. «Dann suchte ich eine neue Herausforderung – und fand diese bei der ABS», sagt Daniel Hofer.

Für seine neue Aufgabe bringt er neben breiter praktischer Führungserfahrung einen MBA und einen Executive MBA in Finance & Management mit. Zudem hat er verschiedene Weiterbildungen zu Themen wie Change-Management, Coaching oder nachhaltige Geschäftsstrategien im Gepäck. «Zur ABS komme ich mit Demut, Respekt und einem grossen Wissensdurst», hält Daniel Hofer fest. Dieser zeichne ihn seit jeher aus und sei für den Einstieg bei der ABS ohne Bankerfahrung sicher von Vorteil. Erste Ziele für seine Arbeit hat er sich schon gesetzt: «Zum einen soll das Gute, das die Bank tut, noch sichtbarer werden. Zum anderen sollen alle, die die Werte der ABS teilen, einfach zu uns wechseln können.»

Neben seiner Arbeit bei der ABS unterrichtet Daniel Hofer an der Tourismusfachschule Berner Oberland Leadership, weil ihm die Entwicklung junger Menschen am Herzen liegt. Zudem ist er im Verwaltungsrat von zwei KMU mit dem Fokus nachhaltige Geschäftsmodelle tätig.



Foto: Anni & Julian, anni-julian.ch

EINLADUNG ZUR

35. ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG DER ABS

**Samstag, 30. Mai 2026,
in der AHA (Aeschbachhalle) in Aarau**

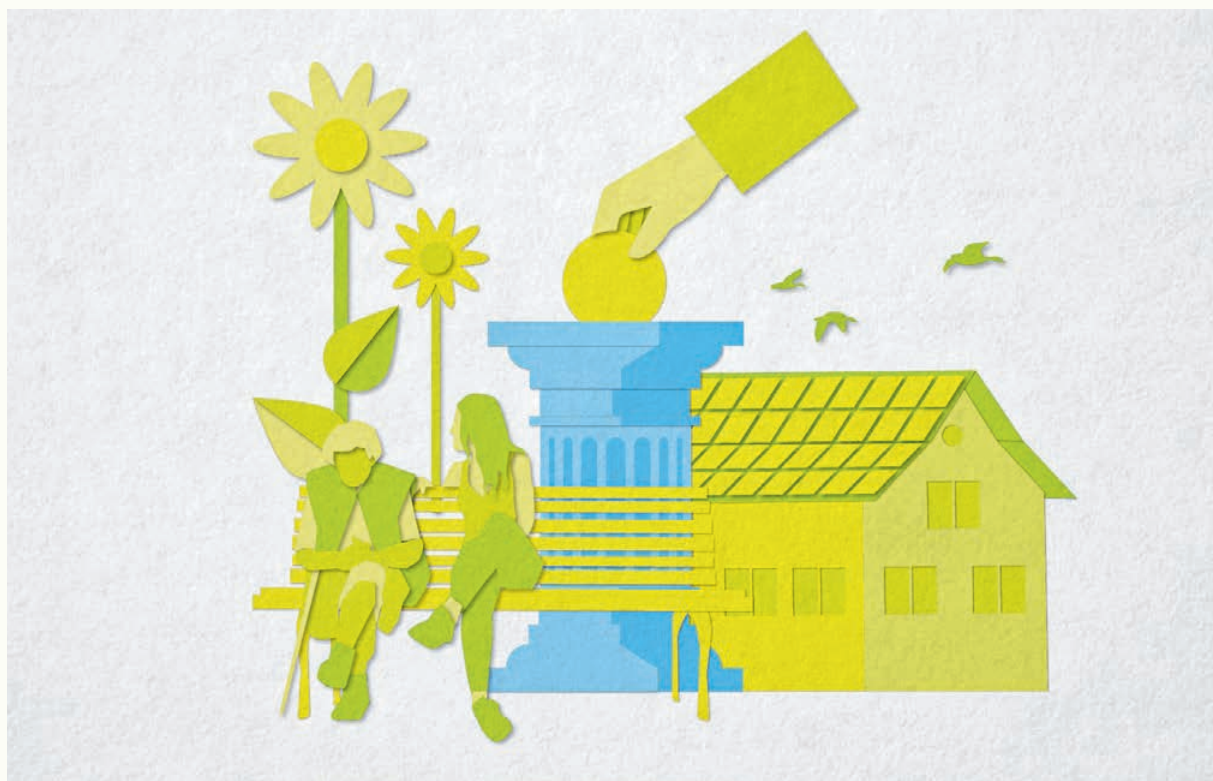
Die Aktionärinnen und Aktionäre erhalten fristgerecht eine persönliche Einladung mit der detaillierten Tagesordnung und allen weiteren nötigen Unterlagen.

Anträge von Aktionärinnen und Aktionären sind dem Verwaltungsrat bis spätestens 26. März 2026 (Poststempel) schriftlich einzureichen. In die Traktanden werden ausschliesslich Anträge aufgenommen, für die die Generalversammlung gemäss Artikel 7 der ABS-Statuten zuständig ist.

Senden Sie Ihre Fragen zur Generalversammlung per E-Mail an gv-ag@abs.ch oder per Post an: Alternative Bank Schweiz AG, Postfach, 4601 Olten.

Sie möchten als Gast an die Generalversammlung?

Auch wer keine ABS-Aktien besitzt, ist herzlich eingeladen, an der Generalversammlung teilzunehmen. Melden Sie sich an unter gv-ag@abs.ch oder Telefon 062 206 16 16.



NACHTRÄGLICHER EINKAUF IN DIE SÄULE 3A

In der Schweiz Erwerbstätige können ab 2026 nachträgliche Einkäufe in ihre Säule 3a tätigen. Wer nicht jährlich den maximal zulässigen Beitrag einbezahlt, kann diese Lücken zukünftig bis zu zehn Jahre rückwirkend schliessen – frühestens jedoch für das Jahr 2025. Für die Jahre vor 2025 sind keine Einkäufe möglich. Die Einkäufe sind vollumfänglich steuerabzugsfähig.

Was sind die Voraussetzungen?

- Sowohl im Lückenjahr als auch im Einkaufsjahr muss ein AHV-pflichtiges Einkommen erzielt worden sein.
- Ein Einkauf ist erst möglich, wenn der ordentliche Maximalbeitrag für das laufende Jahr bereits voll eingezahlt wurde.
- Sobald eine erste Altersleistung aus der Säule 3a bezogen wurde, ist ein Einkauf nicht mehr möglich (z. B. bei einem gestaffelten Bezug).

Was bringt mir ein nachträglicher Einkauf für Vorteile?

Sie können durch den nachträglichen Einkauf Vorsorgelücken schliessen. Das heisst, Sie haben mehr Vorsorgekapital zur Verfügung – zur Finanzierung Ihres Ruhestands oder beispielsweise für den Erwerb eines Eigenheims.

ABS 3-Vorsorgekonto

Beim ABS 3-Vorsorgekonto handelt es sich um ein Konto der gebundenen Säule 3a. Das auf dem ABS 3-Vorsorgekonto gesparte Geld dient in der 3. Säule der zusätzlichen Altersvorsorge. Es darf auch zur Finanzierung von selbst bewohntem Wohneigentum verwendet werden. Die Alternative Bank Schweiz setzt die Vorsorgegelder ihrer Kundinnen und Kunden bis zum Bezug für Projekte ein, die sie nach ihren ökologischen und sozialen Kriterien auswählt.

Mehr Informationen zum ABS 3-Vorsorgekonto sowie zum nachträglichen Einkauf in die Säule 3a finden Sie unter abs.ch/abs3-vorsorgekonto

WICHTIGER HINWEIS ZU MONETA-BEILAGEN UND -INSERATEN

Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

50% auf
Mitgliedschaft
im 1. Jahr
mit Promocode
ABS50

Casafair –
der Verband für
Eigentümer*innen
mit Weitsicht.

Von A wie Altlast bis Z
wie zukunftsweisende Lösung.
Bei uns sind sie rundum
gut beraten.



**Nein, das ist keine
Lebensgrundlage**

caritas.ch/ja

Ja zu einer Welt ohne Armut

CARITAS Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizzera

Hope — eine **Ausstellung**
über die Kunst, die **Hoffnung**
nicht zu verlieren.

Mit inspirierenden Geschichten, Objekten zum Zeitgeist
und **Goood Vibes**. Im preisgekrönten Upcycling-Gebäude
K118 auf dem Lagerplatz in **Winterthur**.

Haus
der
Zukunft
♥

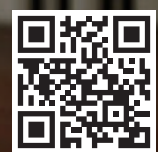
Buchen



**Streamen
mit Haltung**

filmingo

Grosses Kino für zuhause



filmingo.ch



50 Jahre Oikocredit: Pionierarbeit für morgen.

Seit 1975 regt die Genossenschaft Oikocredit dazu an, verantwortungsvoll zu investieren, um allen Menschen die Möglichkeit zu geben, ein würdevolles Leben zu führen.



Helfen Sie uns, unsere Vision zu verwirklichen: Investieren Sie jetzt oikocredit.org/impact-investing



Oikocredit Schweiz ☎ 044 240 00 62 ✉ info@oikocredit.ch 🌐 www.oikocredit.org

JETZT INVESTIEREN!
Genossenschaft für zukunftsfähigen
Wohn- und Arbeitsraum im Toggenburg

www.stadtur.ch



DARLEHEN
DEPOSITENKASSE
ANTEILSCHEINE

KULTUR, WOHNEN & ARBEITEN



WIE WIRKT IHR GELD?

Das hängt davon ab,
was Sie damit tun.

Mit dem Geld ihrer Kundinnen und Kunden finanziert die Alternative Bank Schweiz Projekte und Unternehmen, die sie nach ihren sozialen und ökologischen Kriterien auswählt: vom Biobauernhof über genossenschaftlichen Wohnraum bis zum Holzwärmeverbund und dem Pflegeheim. Klingt sinnvoll? Ist es auch!



abs.ch/neugeld

Volunteering for Peace

scich.org



- Einsätze **für alle** ab 16/18 Jahren
- In **90 Ländern** und der Schweiz



SCI Schweiz

**Ungleichheit: Steuern wir auf einen Notstand zu?
Warum befeuert Ungleichheit den Aufstieg des Rechtspopulismus?
Und kann es so etwas wie eine klassenlose Gesellschaft geben?**

moneta #1–2026

«Auch die Behörden verfestigen Armut»

Die Juristin Annelise Oeschger engagiert sich in der Bewegung ATD Vierte Welt und bringt Menschen mit und ohne Armutserfahrung zusammen. Dabei kann Überraschendes passieren. Interview: Esther Banz

moneta: Annelise Oeschger, Sie schaffen Verbindungen zwischen Armutsbetroffenen und Personen aus Politik, Lehre, Zivilgesellschaft. Was erleben Sie dabei?

Annelise Oeschger Durch die direkten Begegnungen mit Betroffenen verstehen viele: Das sind ja Menschen wie wir! Viele sind auch überrascht, wenn sie realisieren, dass armutsbetroffene Menschen nicht weniger intelligent sind als sie selber.

Warum sind Menschen in der Schweiz überhaupt arm?

Es gibt neben bestimmten Lebensumständen auch Langzeitfaktoren. Armut betrifft oft mehrere Generationen.

Armut wird weitergegeben?

Wir sagen: Sie besteht weiter. Denn es sind nicht einfach die Eltern, die dafür verantwortlich sind. Auch die Behörden verfestigen Armut. Viele behördliche «Lösungen» sind dieselben wie immer schon, und sie haben noch nie funktioniert. Auch die Gesellschaft ist mitverantwortlich. In der Schule beispielsweise hören betroffene Kinder heute noch, aus ihnen würde nie etwas. Das prägt.

Wie verfestigen Behörden Armut?

Nehmen wir das Beispiel einer Familie, die auf Sozialhilfe angewiesen ist. Kinder solcher Familien begeben sich oft in Niedriglohn-Berufe. Manche werden sogar gezwungen, eine entsprechende Ausbildung zu machen.

Zwang, in der heutigen Zeit?

Diesen Jugendlichen stehen oft nur bestimmte Berufe zur Auswahl. Eine junge Frau etwa wollte in die Pflege. Aber sie musste eine Lehre in einem anderen Beruf antreten, die nur zwei Jahre dauert. In

Arbeit gedrängt zu werden, anstatt eine gute Ausbildung machen zu können, ist ein wichtiger Grund für weiterbestehende Armut. Sie war übrigens fremdplatziert, wie schon ihre Eltern.

Sind Nachkommen von Betroffenen fürsorglicher Zwangsmassnahmen stärker armutsgefährdet?

Wir haben keine Zahlen, aber viele, mit denen wir für eine Studie zusammengearbeitet haben, sagten, ihre Nachkommen lebten ebenfalls in Armut. Die Zwangsmassnahmen wirken nach, auch ökonomisch und bis in die Gegenwart.

Sie erwähnten zuvor, dass auch besondere Lebensumstände zu Armut führen können.

Ja, Scheidungen und Krankheit. Auch Schulden, etwa wenn jemand in einer Krise die Steuern nicht mehr bezahlen kann.

Welche Erfahrungen machen Menschen, die erstmals mit den Sozialbehörden in Kontakt kommen?

Viele erleben Entwürdigungen und Demütigungen. Man traut ihnen oft nichts zu, intellektuell und beruflich schon gar nicht. Es ist verrückt, wie Menschen dort fertig gemacht werden können. Es kann schnell passieren, dass sie von da an nicht mehr aus der Abhängigkeit herausfinden, weil in-ner kürzester Zeit so viel Menschliches kaputtgeht. Nicht umsonst trägt unsere Studie den Untertitel «eine Gewalterfahrung, die weitergeht».

Im Bericht von ATD Vierte Welt steht, hierzulande seien «die Rechte nicht für Menschen in Armut gemacht». Was bedeutet das?

Unsere Gesetze werden gänzlich ohne Beteiligung von Armutsbetroffenen gemacht,

Bestimmungen in Unkenntnis ihrer Anstrengungen erlassen. Ein Beispiel sind die Kürzungen bei Langzeitbezügern von Sozialhilfe. Solche Gesetzesänderungen verkennen die Realität völlig.

Die Meinung, Armutsbetroffene seien selber schuld, hält sich hartnäckig. Man spricht ihnen Selbstverantwortung ab.

Viele meinen auch, Armutsbetroffene würden nicht gern arbeiten und mitgestalten. Diese Vorurteile zeugen von Unkenntnis der Menschen und ihrer Ressourcen. So werden eigene Initiativen oft unterbunden.

Wird hierzulande Armut oder werden Armutsbetroffene bekämpft?

Eine Betroffene sagt es so: Wenn der Staat die Armut bekämpft, bekämpft er auch uns. Und wie will man Armut überhaupt «bekämpfen»? Sie ist ja etwas, das von der Gesellschaft produziert und kultiviert wird, und nicht etwas, das es einfach gibt. Wir könnten in einem Land leben, in dem Krankheit und Arbeitsplatzverlust kein existenzielles Risiko darstellten. Wer zu einer Sozialbehörde ginge, würde dort mit einer zugewandten Person schauen, was es braucht, um auf stabilem Boden zu stehen. Es könnte so einfach sein, stünden wir als Gesellschaft zusammen und würden den Behörden die entsprechenden Mittel zugestehen.

Foto: zyg



Die Juristin **Annelise Oeschger** war in der Steuergruppe des Forschungsprojekts «Armut – Identität – Gesellschaft» der Nichtregierungsorganisation ATD Vierte Welt. Sie lebt in Muttenz. Die Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft nervten sie schon als Kind.

atd.ch